

Kai-Achim Klare

Imperium ante portas

Die deutsche Expansion in Mittel-
und Osteuropa zwischen Weltpolitik
und Lebensraum (1914–1918)



Kai-Achim Klare
Imperium ante portas

Veröffentlichungen des Nordost-Instituts

Band 27

2020

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Kai-Achim Klare

Imperium ante portas

Die deutsche Expansion in Mittel- und Osteuropa
zwischen Weltpolitik und Lebensraum
(1914–1918)

2020

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Herausgeber:
Nordost-Institut
Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa e.V.
an der Universität Hamburg
Lindenstr. 31
21335 Lüneburg
www.ikgn.de

Umschlagabbildung: Ein Wachposten auf dem östlichen Kriegsschauplatz in Winter-
ausrüstung, Bundesarchiv, Bild 146-2004-0025 / Fotograf: Haeckel, Otto.

Karten: Peter Palm, Berlin.

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Zugl. Diss., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2018.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet
at <http://dnb.de>.

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter
<http://www.harrassowitz-verlag.de>

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
für die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Satz: Danuta und Adam Pitula, Thorn, Polen

Druck und Verarbeitung: Memminger MedienCentrum AG

Printed in Germany

ISSN 1862-7455

ISBN 978-3-447-11355-7

e-ISBN 978-3-447-19949-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
1. Einleitung.....	9
1.1. Fragestellung: Das Phänomen der ‚doppelten Einkreisung‘	9
1.2. Historiografie: Der Ostkrieg als <i>blackbox</i>	14
1.3. Quellenlage und Gliederung	22
2. ‚Deutscher Drang nach Osten‘	27
2.1. ‚Polnische Wirtschaft‘: Die literarische Wahrnehmung des Ostens 1650–1850	29
2.2. Ein ‚neuer deutscher Drang nach Osten‘ 1850–1900	39
2.3. ‚Ein Platz an der Sonne‘: Pangermanismus oder Wirtschaftsexpansion in Mittel- und Osteuropa? 1900–1914	50
2.4. Zwischenergebnis: Weltpolitik oder Lebensraum?.....	66
3. Ostfront	73
3.1. Tannenberg: Die Abwehrschlachten in Ostpreußen und Galizien August–September 1914.....	78
3.2. ‚Nach Osten!‘ Die Eroberung Polens und des Baltikums 1914–1915	90
3.3. ‚Hilferufe‘: Von der Brusilov-Offensive bis zur Besetzung Livlands, Estlands und der Ukraine 1916–1918.....	110
3.4. Zwischenergebnis: Erfahrungen im Kampf – Kampf der Erfahrungen?	124
4. Ostkonzeptionen.....	129
4.1. Lebensraumpolitik: Besetzen und Besiedeln.....	132
4.2. Weltpolitik: Binden und Bewirtschaften.....	144
4.3. Altpreußen: Befrieden und Begrenzen	156
4.4. Zwischenergebnis: Bäuerliche Utopie versus Mitteleuropa.....	160
5. Ostpolitik.....	162
5.1. Ostpolitik I: Zwischen Revolutionierung und Sonderfrieden 1914–1917 ...	168
5.1.1. Revolutionierungspolitik I: Russland und die Randvölker	172
5.1.2. Revolutionierungspolitik II: Um einen polnischen Staat.....	187
5.1.3. Sonderfriedenspolitik: Revolution oder Restauration?.....	203
5.2. Ostpolitik II: Zwischen Angliederung und Selbständigkeit 1917–1918.....	225
5.2.1. Kreuznach: Annexionen oder selbständige Staaten?.....	226
5.2.2. Bingen: Angliederungspolitik in Kurland und Litauen	240

5.2.3.	Brest-Litowsk: Die Umsetzung der Angliederungspolitik.....	256
5.2.4.	Spa: Grenzenlose Expansion?	285
5.3.	Zwischenergebnis: Unentschieden!	309
6.	Ober Ost.....	315
6.1.	„Land und Leute“: Die Ober Ost-Bezirke.....	318
6.1.1.	„Wie mittelalterliche Markgrafen“: Die Bezirkschefs.....	324
6.1.2.	Konstruierte Kontinuität? Geografie, Bevölkerung, Religion und Geschichte.....	351
6.1.3.	„Aufbau Ost“ oder „Raubbau Ost“? Wirtschaftliche Erfassung, Ernährung und Infrastruktur.....	364
6.1.4.	Soziale Kontrolle: Gesundheit und Disziplin.....	386
6.1.5.	Urwald im Osten: Bialowies.....	395
6.2.	Ludendorffs „Königreich“: Die Ober Ost Hauptverwaltung.....	400
6.2.1.	„Absolute Herrscher“: Das Führungspersonal.....	405
6.2.2.	„Großmacht Presse“: Die Medien- und Propagandapolitik.....	418
6.2.3.	„Zucht und Ordnung“: Die Schul- und Kulturpolitik.....	442
6.2.4.	Die Nationalitätenpolitik und der Umbau der Verwaltung.....	460
6.3.	Zwischenergebnis: Konservative <i>Frontier</i> und liberales <i>Empire</i>	484
7.	Ergebnis.....	489
7.1.	Spielräume: Für eine alternative Moderne.....	491
7.2.	Ergänzungsräume: Mitteleuropa zwischen Weltpolitik und Lebensraum....	495
7.3.	Nahräume: Imperium <i>ante portas</i>	507
8.	Abkürzungsverzeichnis.....	519
9.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	522
9.1.	Quellen.....	522
9.1.1.	Archivquellen.....	522
9.1.2.	Quelleneditionen.....	525
9.1.3.	Transkripte.....	528
9.2.	Zeitgenössische Literatur.....	528
9.2.1.	Monografien und Sammelbände.....	528
9.2.2.	Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften, Sammelbänden und Internetquellen.....	537
9.2.3.	Verwaltungsberichte.....	539
9.2.4.	Zeitungen.....	540
9.3.	Literatur.....	541
9.3.1.	Monografien, Sammelbände und Internetquellen.....	541
9.3.2.	Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften, Sammelbänden und Internetquellen.....	554
10.	Register.....	563
10.1.	Personenregister.....	563
10.2.	Sach- und Ortsregister.....	570

Vorwort

Das vorliegende Buch ist eine leicht überarbeitete Fassung meiner im Wintersemester 2018 an der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg verteidigten Dissertationsschrift. Viele Menschen haben mich auf dem spannenden, abwechslungsreichen und nicht immer einfachen Weg bis zu ihrer Fertigstellung begleitet, motiviert und mir immer wieder den Rücken gestärkt. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen.

Das gilt in ganz besonderem Maße für meinen Doktorvater Prof. Dr. Dietmar Neutatz. Er war Impulsgeber für das Projekt und hat mich über viele Jahre mit Rat, kenntnisreichen Anregungen und vor allem mit viel Geduld intensiv unterstützt. Dafür möchte ich mich bei ihm sehr herzlich bedanken. Ein großer Dank gebührt Prof. Dr. Willi Oberkrome und Prof. Dr. Veronika Lipphardt aus Freiburg. In ihren Gutachten und im direkten Austausch konnten sie mir wertvolle Hinweise geben, die diesen Text bereichert haben. Dem Nordost-Institut an der Universität Hamburg, und hier insbesondere Prof. Dr. Joachim Tauber, danke ich für die unkomplizierte Aufnahme in die Reihe ‚Veröffentlichungen des Nordost-Institutes‘ des Harrassowitz Verlages und den großzügigen Druckkostenzuschuss. Dr. Anja Wilhelmi gilt mein Dank für ihre tatkräftige Unterstützung im Rahmen der Drucklegung des Buches.

Sehr herzlich danken möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung, die es mir durch ein umfangreich ausgestattetes Promotionsstipendium ermöglicht hat, die Studie konzentriert und ohne finanziellen Druck voranzutreiben sowie der Graduiertenschule der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die mir eine professionelle Arbeitsumgebung geboten hat. Ohne die engagierte Hilfe zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bibliotheken und Archiven – hier insbesondere in der Universitätsbibliothek Freiburg, im Bundesmilitärarchiv Freiburg, im Bundesarchiv Berlin, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin und im Litauischen Historischen Staatsarchiv Vilnius – wäre so manche Recherche in den Anfängen stecken geblieben. Auch ihnen gebührt mein Dank.

Für zahlreiche schöne Momente zwischen ‚KG IV‘ und ‚Senkrecht‘ und für so vieles mehr bin ich Kathrin Philipps, Dr. Laura Polexe und Pirmin Hauck dankbar. Gleiches gilt für meine Kolleginnen und Kollegen in Rust, die mich wunderbar bestärkt haben, das Vorhaben zu Ende zu bringen. Besonders danken möchte ich Dr. Michel Abeßer und Dr. Fabian Mainzer, die mir mit ihren profunden Anmerkungen zum Manuskript sehr geholfen haben, vor allem aber auch immer dann fest an meiner Seite standen, wenn Energie und Motivation zur Neige zu gehen drohten. Für die gründliche und umsichtige Redaktion danke ich Lena Hörger, Anna Mashi und Mirko Schwagmann.

Viele Freunde und Wegbegleiter verfolgen mit, welche Höhen und Tiefen das Schreiben eines Buches mit sich bringt. Sie alle haben Anteil am Gelingen des Werkes. Im besonderen Maße sind allerdings die Menschen im engsten Umfeld berührt. Sie spüren unmittelbar,

wenn entweder die Ideen sprudeln, die Zeit verfliegt und dabei so manches Wichtige auf der Strecke bleibt oder aber ein vernünftiger Gedanke sich nicht einstellen will und Missmut die Stimmung trübt. Der größte Dank gebührt daher meiner Familie, der ich dieses Buch widme. Ohne ihren stetigen Rückhalt und ihre Geduld in unzähligen Stunden wäre das alles nicht zu schaffen gewesen:

Zuerst meiner Frau Katrin und meiner Tochter Franziska, die mich viel zu oft hinter Bücherstapeln suchen mussten und für die „Papa sitzt an der Diss“ zum geflügelten Wort wurde. Ihre Liebe und Zuneigung waren der unverzichtbare Treibstoff in all den Jahren. Dann meinen Eltern Anne und Joachim, die das Projekt von der ersten Minute an mit voller Kraft unterstützt sowie mit Neugier und großem Interesse begleitet haben. Nicht zuletzt meinen Geschwistern Kristina und Andreas, die einst mithalfen, eine umfassende Asterix-Sammlung aufzubauen und damit die Grundlage meiner Leidenschaft für Geschichte zu schaffen.

Rust, im Frühjahr 2019

Kai-Achim Klare

1. Einleitung

Und dann mit voller Kraft gegen Russland! Dass ihm dann die 3 Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Bessarabien, die Ukraine und Finnland abgenommen werden, halte ich nicht für unmöglich; damit wäre Russland für immer unschädlich gemacht, zumal wenn es unserer Staatskunst gelingt, den grossen mitteleuropäischen Staatenzusammenschluss zu Stande zu bringen.¹

Alfred von Goßler (1915)

Mitteleuropa ohne diese wirtschaftlich-politische Ausweitung nach dem Osten, ohne diese Wegöffnung an den Stillen und Indischen Ozean, ist ein Binnenstaat, und man kann weltwirtschaftlich gedacht sagen: ein Binnenkleinstaat, wenn man ihn vergleicht mit den ungeheuren an den Weltmeeren hingelagerten Imperien Englands, Amerikas, Ostasiens. Nirgendwo berührt „Mitteleuropa“ die Ozeane unmittelbar. Die Herren, die in Brest-Litowsk glaubten, in ihrer Art verfahren zu müssen und mit militärischem Machtgebot ihre im Vergleich zu jenem großen Ziel, kleinen Ziele durchzusetzen, haben meines Erachtens vom Horizont ostelbischer Binnenpolitik gehandelt und damit eine zukünftige Weltpolitik Deutschlands ungeheuer erschwert.²

Eduard David (1917)

Hitlers in den zwanziger Jahren fixiertes Fernziel, ein deutsches Ost-Imperium auf den Trümmern der Sowjetunion aufzubauen, war somit nicht bloß eine aus Wunschkonstruktionen erwachsene „Vision“. Diese Zielsetzung besaß vielmehr einen konkreten Anknüpfungspunkt in dem 1918 schon einmal Erreichten. Das deutsche Ost-Imperium war – wenn auch nur für kurze Zeit – bereits einmal Wirklichkeit.³

Andreas Hillgruber

1.1. Fragestellung: Das Phänomen der ‚doppelten Einkreisung‘

Zwei auf den ersten Blick völlig unterschiedliche Betrachtungen der deutschen Politik in Mittel- und Osteuropa während des Ersten Weltkrieges lassen sich aus den ersten beiden hier angeführten Zitaten herauslesen: Alfred von Goßler (1867–1964), ehemaliger preußischer Landrat, Major, konservativer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus und im deutschen Reichstag, leitete von 1915 bis 1918 die deutsche Besatzungsverwaltung zunächst in Kurland und später im gesamten Baltikum. Er trat für eine halbkoloniale Angliederung der

1 Brief an Otto Hoetzsch vom 10. November 1915, BA-MA, Nachlass Alfred von Goßler, N 98/3, Fol. 40.

2 Sitzung des Reichstags (RT) vom 18. März 1918, Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, S. 4433.

3 Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 66.

von den Deutschen im Ersten Weltkrieg okkupierten russischen Westprovinzen ein. Eduard David (1863–1930) dagegen, ehemaliger Gymnasiallehrer, sozialdemokratischer Abgeordneter und seit Ausbruch des Krieges außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, lehnte diese enge Anlehnung an das Deutsche Reich strikt ab und forderte stattdessen eine moderne wirtschaftliche Durchdringung der russischen Randstaaten, ja des ganzen Russischen Reiches. Unversöhnliche Positionen, so könnte man meinen; beiden gemeinsam war aber, dass ihren Konzeptionen – gleich der tatsächlichen Wirkungskraft – eine klare imperialistische Haltung zugrunde lag, der gemäß Deutschland nicht nur defensiv um sein Überleben kämpfte, sondern in Zukunft expandieren müsse.

Auf der Suche nach dem Ursprung dieser Haltung stößt man unweigerlich zum einen auf den verbreiteten und keineswegs ungewöhnlichen Hang vieler europäischer Politiker zu nationaler Prestigepolitik, der sich aus dem imperialen Zeitgeist ableitete und offensichtlich bis in die Sozialdemokratie hineinreichte,⁴ zum anderen auf das eigentümlich deutsche Gefühl einer Einkreisung durch das Entente-Bündnis, welches allerdings zu nicht unerheblichen Teilen Folge der parvenühaften deutschen Außenpolitik der letzten Vorkriegsdekade selbst war.⁵ Insofern teilten Goßler und David zweifellos die Einschätzung, dass man ‚Sicherungen‘ – insbesondere gegen den als äußerst bedrohlich empfundenen russischen Expansionsdrang – für die Zukunft zu treffen habe.⁶ Man könnte folglich unter diesen Umständen den Konflikt Goßler gegen David, den beide engagiert im Reichstag austrugen, auf einen reinen imperialen Methodenstreit reduzieren und das Vorhaben einer Analyse der deutschen Ostexpansion zwischen 1914 und 1918 sowie einer gründlichen Betrachtung des hierfür maßgeblich ins Auge gefassten Raumes, der als ‚Das Land Ober Ost‘⁷ zusammengefasst wurde, an dieser Stelle bereits wieder beenden. Denn die Überprüfung der Pathologie dieses unmittelbar an die Reichsgrenze anschließenden Imperiums *ante portas* würde sich auf die Frage reduzieren, ob entweder die direkte Eroberung russischen Territoriums und seine dauerhafte Besetzung oder aber dessen Durchdringung mit Hilfe von Handels-, Wirtschafts-, Münz-, Zoll- und Verkehrsabkommen die ‚mächtigere‘ Herrschaftsvariante bzw. – in der Sprache der Zeit – die bessere ‚Sicherung‘ darstellten.⁸

So bleibt es dem dritten Zitat von Andreas Hillgruber zum ‚deutschen Ost-Imperium‘ überlassen, einen vorschnellen Schluss zu verhindern. Hillgruber, der Doyen der deutschen Diplomatiegeschichte, ließ die deutschen Planungen für Mittel- und Osteuropa, um die sich ja der Konflikt Goßler gegen David auf den ersten Blick hauptsächlich drehte, nicht als temporäre Aufwallung deutscher Expansionspolitik stehen, sondern verband diese durch eine eindeutige Kontinuitätslinie mit den Hitler’schen Ostraumfantasien. Er präzierte damit zunächst die bereits von anderen Historikern unterstellte Kontinuität einer aggressiven deutschen Außenpolitik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,⁹ indem er als Hauptmerkmal des deutschen Imperialismus die Schaffung einer kontinentalen Hegemonie

4 Neitzel, Weltmacht oder Untergang.

5 Das Verhalten eines ‚Emporkömmlings‘ wurde Deutschland bereits von den Zeitgenossen attestiert, Ruedorffer, Lamprecht u.a., Grundzüge der Weltpolitik.

6 Salewski, Weltkrieg, S. 26 und 76 f.; Koenen, Russland-Komplex, S. 51 f.

7 Nach der militärischen Bezeichnung Oberbefehlshaber Ost.

8 Die historiografische Auseinandersetzung ist in der Bundesrepublik in aller Schärfe (Fischer-Kontroverse) in den 1960er und 70er Jahren geführt worden. Siehe unten Seite 7 f.

9 Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen; für einen detaillierten Überblick siehe unten.

identifizierte. Dabei würdigte Hillgruber¹⁰ in der Folge aber nur unzureichend die spezielle Funktion des Barbarossafeldzuges innerhalb der nationalsozialistischen, insbesondere aber der Hitler'schen Ideologie.¹¹ Denn die NS-Ostpolitik verließ eindeutig den Pfad klassischer imperialer Eroberungs- und Prestigekriege. Sie folgte weder einem – wie auch immer zu rechtfertigenden – rein militärischen ‚Sicherungsgedanken‘ noch der stringenten Logik eines modernen Wirtschaftsimperialisismus. Die Planungen der Nationalsozialisten für die Eroberung des Ostens leiteten sich vielmehr aus zutiefst biologistisch-rassistischen, zumindest in Teilen irrational-romantischen, rückwärtsgewandten Gesellschaftskonzepten und -utopien ab und waren damit paradoxerweise vielfach alles andere als durchdacht strukturierte Machtpolitik.¹² Dementsprechend sprengte der NS-Staat gerade den Rahmen der üblichen europäischen Hegemonialkriege, in den Hillgruber den Ostfeldzug sowohl des Ersten wie auch des Zweiten Weltkrieges einzuordnen gedachte.¹³

Der amerikanisch-litauische Historiker Vejas G. Liulevicius griff die folglich weiterhin offene Frage nach der Kontinuität der deutschen Ostpolitik wieder auf und zog den konsequenten Schluss, sich von deren rein machtpolitischen Außenwirkung zu lösen und nach der (innen-) politischen, sozialen und kulturellen Rückwirkung der deutschen Besatzung zu forschen. Wenn es gerade die menschenverachtende Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gegenüber der einheimischen slawischen und insbesondere der jüdischen Bevölkerung war, die den Vormarsch deutscher Truppen schon seit dem Überfall auf Polen begleitete, stellte sich natürlich die Frage, ob Ansätze eines solchen Vorgehens bereits während der kaiserlichen Ostkampagne nachweisbar waren. Er schrieb:

„So gesehen waren die Erlebnisse an der Ostfront ein ‚verborgenes Vermächtnis‘ des Weltkrieges von 1914 bis 1918. [...] Die Ostfronterlebnisse von 1914 bis 1918 bildeten den unerlässlichen kulturellen und psychologischen Hintergrund für das, was sich in diesem blutigen 20. Jahrhundert noch ereignen sollte; sie formten die dafür notwendige Einstellung.“¹⁴

10 In die gleiche Richtung wie Hillgruber argumentierten weitere politikgeschichtlich orientierte Historiker wie Klaus Hildebrand und Michael Stürmer. Die unterschiedliche Einordnung des Zweiten Weltkrieges führte in den 1980er Jahren zum sogenannten Historiker-Streit. Angefacht durch eine Publikation Ernst Noltes und einer daraufhin erschienen Kritik Jürgen Habermas', kam es zwischen der genannten Gruppe und gesellschaftsgeschichtlich forschenden Historikern wie Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler zu einem erbittern Streit um das Verhältnis von militärischem Konflikt und Vernichtungspolitik, Große Kracht, Debatte.

11 An anderer Stelle hat Hillgruber diese Kontinuität stärker relativiert, Hillgruber, Deutsche Welt-politik, S. 89.

12 Zur Kontroverse über die Zielsetzungen der nationalsozialistischen Ostexpansion vgl. Heim, Aly, Sozialplanung, S. 11-23 und Herbert, Rassismus; zur ‚modernen‘ und ‚unmodernen‘ Seite national-sozialistischer Ostplanung siehe Rössler, Schleiermacher, Der ‚Generalplan Ost‘, S. 10; Eichholtz, Der ‚Generalplan Ost‘, S. 119; Wippermann, Wie modern, S. 129.

13 In ähnlicher Weise schreibt auch Klaus Hildebrand, dass es eine bestechende Analogie zwischen beiden Ostimperien gegeben habe, nimmt aber explizit den Rassenkrieg der Nationalsozialisten aus. Dieser war allerdings das konstituierende Moment des zweiten Ostimperiums, Hildebrand, Das deutsche Ostimperium, S. 122 f.; dagegen u.a. Mazower, Hitlers Imperium, S. 171 f.; Echter-nkamp, 1914–1945, S. 274; Lieb, Krieg im Osten, S. 465 f.

14 Liulevicius, Kriegsland, S. 9 und S. 313; vgl. Demm, Besatzungsregime, S. 64; ebenso: Watson, Ring of Steel, S. 398; Hull, Absolute Destruction, S. 248.

Liulevicius lokalisierte in dieser Hinsicht tatsächlich eine ganze Fülle von Aussagen und politischen Konzeptionen der handelnden Akteure in der Heimat wie in den Okkupationsgebieten Mittel- und Osteuropas, die sich später in den Gedankenkonstruktionen der nationalsozialistischen Ostpolitik wiederfinden ließen. Die Erfahrung mit ‚Land und Leuten‘ und das partielle Scheitern traditioneller Besatzungsmodi zwischen 1914 und 1918 legten seiner Ansicht nach auf diese Weise einen wichtigen Grundstein für die ungleich radikaleren Lösungen in den Jahren 1939 bis 1945.¹⁵ Auch wenn Liulevicius seine Feststellungen nicht absolut setzte, bleibt indes die Frage bestehen, ob das Ringen um die innere Ausgestaltung der Besatzungsgebiete und die aus ihnen gewonnenen Erfahrungen nicht ein deutlich größeres politisches Feld abdeckten als allein die ohne Zweifel vorhandenen Ansätze völkisch-nationaler und rassistischer Denkweisen.¹⁶ Darüber hinaus gilt es Überlegungen zu berücksichtigen, wonach diese Ansätze ihrerseits Rückwirkungen auf gesellschaftliche und politische Prozesse hatten, die sich nicht in eine Kontinuität zur NS-Ostpolitik einordnen lassen. Dazu gehören zweifellos Ereignisse wie die Schaffung der Deutschen Republik, der ‚Vertrag von Rapallo‘ oder die deutsch-russische Militärkooperation in den 1920er Jahren.¹⁷

Von entscheidender Bedeutung ist jedoch zuletzt eine Frage, die bisher weder von Hillgruber noch von Liulevicius aufgeworfen wurde. Sowohl Goßler als auch David fühlten sich nicht nur einfach, sprich außenpolitisch von der Entente, sondern in gewisser Weise doppelt eingekreist: nämlich zugleich vom innenpolitischen Gegner. Während Goßler als Vertreter des ostelbischen Junkertums fürchtete, durch die Umwälzungen des Krieges und dadurch ausgelöste Reformvorhaben wie der Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes seine gesellschaftliche Position zu verlieren, sah zugleich David mit Schrecken einer dauerhaft militarisierten Zukunft entgegen, in der gerade die angestrebten Modernisierungen in Staat und Gesellschaft verhindert werden könnten. So schrieb der eher pragmatisch orientierte Generalstabschef der deutschen Truppen im Osten, General Max Hoffmann (1869–1927), kurz vor Weihnachten 1916 in Anspielung auf eine an ihn gerichtete Denkschrift des Ultraannexionisten Wolfgang Kapp (1858–1929) an seine Frau:

„Dass nicht alles so läuft, wie man es sich wünschen möchte ist klar; die Konservativen schreien aber so laut [nach Annexionen, K.K.] nicht aus Besorgnis, dass dem Vaterlande etwas passiert, sondern vielmehr aus Angst, dass sie an ihrer politischen Machtstellung etwas verlieren.“¹⁸

Unterstellt man unter diesen Umständen beiden Politikern den Weitblick, den machtpolitischen Impetus des jeweiligen imperialistischen Gegenkonzeptes erkannt zu haben,¹⁹ gewinnt

¹⁵ Liulevicius, *Kriegsland*, S. 277.

¹⁶ Baberowski, *Schlachtfelder*, S. 148; Mazower, *Hitlers Imperium*, S. 40; Chiari, *Geschichte als Gewalttat*, S. 621 f.

¹⁷ Hillgruber, *Großmacht*, S. 65; Leonhard, *Frieden*, S. 73.

¹⁸ Hoffmann an seine Frau Corinna-Irena (21. Dezember 1916), BA-MA, Nachlass Max Hoffmann, N 37/2, Fol. 151.

¹⁹ David und Kuno von Westarp (Vorsitzender der Deutschkonservativen Fraktion im Reichstag, der auch Goßler angehörte) waren beispielsweise Mitglieder der deutsch-litauischen Gesellschaft, die für eine „freie“ Entwicklung des litauischen Volkes und eine Anlehnung des Landes an den Westen eintrat. Weitere prominente Mitglieder waren u.a. Matthias Erzberger, Max Weber (1864–1920)

der harte Methodenstreit um die deutsche Ost- und Besatzungspolitik eine völlig neue Konnotation. Jenseits einer einseitigen Betrachtung der Besatzungsgebiete als Nährboden und Brutstätte prä-nationalsozialistischer Gedanken erscheint dann die Entscheidung über die Ausgestaltung der Besatzungsgebiete bis zum Ende des Krieges als ‚offen‘ und das Feilschen beispielsweise um die Umwandlung der Militär- in eine Zivilverwaltung gewinnt in Anbetracht eines Konfliktes zwischen konservativen und progressiven Elementen eine völlig neue Qualität. So strebte Goßler im Baltikum ein an Deutschland durch Personalunion verbundenes autoritär-ständestaatliches, extrakonstitutionelles Herzogtum an, während David im Gegensatz dazu versuchte, bestenfalls liberale Republiken unter deutscher Vormacht zu etablieren. Beide wussten, dass die innere Organisation der Territorien an der Ostgrenze, *ante portas*, zuletzt für die verfassungsmäßige Entwicklung des Deutschen Reiches selbst von nicht zu unterschätzender Bedeutung war.

In diesem Sinne ist es das Ziel der vorliegenden Arbeit, den Konflikt Goßler gegen David, der natürlich hier nur symbolisch für eine ganze Reihe unterschiedlicher Vorstellungen in ganz unterschiedlichen Schattierungen steht, und die ihm zugrundeliegenden Politik- und Gesellschaftsentwürfe nicht nur auf der politischen Makroebene im Berliner Zentrum (*Ostpolitik*) zu untersuchen, sondern ihr Eindringen bis tief in die Mikroebene der deutschen *Besatzungspolitik* in Ober Ost, und damit bis an die Peripherie Mittel- und Osteuropas, nachzuweisen. In einem asymmetrischen Vergleich beider Ebenen soll die Frage beantwortet werden, wie die politischen Konzeptionen in der Heimat entwickelt, durch die Erlebnisse und Erfahrungen vor Ort katalysiert und zuletzt in die Heimat zurück transportiert wurden. Dabei rückt die von Philip Ther und David Blackbourn artikulierte These ins Blickfeld, wonach das Deutsche Reich als ‚kontinentales *Empire*‘ seine Kolonialgeschichte weniger in Übersee, denn in Mittel- und Osteuropa geschrieben habe.²⁰ Zwei grundlegende theoretische Konzepte werden bei der folgenden Untersuchung eine zentrale Rolle spielen: zum einen die von Dirk van Laak weiterentwickelten Überlegungen, nach denen Kolonien – und hier entsprechend die Besatzungsgebiete – als ‚Laboratorien der Moderne‘ fungierten,²¹ zum anderen die Unterteilung deutscher Imperialismuskonzeptionen in ‚Weltpolitik und Lebensraum‘, wie sie zuletzt und am prägnantesten Woodruff D. Smith artikuliert hat. Die van Laaksche Vorstellung, Kolonien dienten als Testfeld verschiedener Gesellschaftsentwürfe, bietet sich hervorragend dafür an, die konkurrierenden Ideen Goßlers und Davids auf einer methodischen Grundlage zu untersuchen. Smiths Kategorisierung hilft darüber hinaus, diese Gesellschaftsentwürfe in größere Raster einzuordnen und damit idealtypisch greifbar zu machen.²² Beide Konzeptionen gilt es aber nun, ebenso wie das gesamte Projekt, zunächst in den Forschungskontext einzuordnen.

und Paul Rohrbach (1869–1956), Demm, *Die deutsch-litauische Gesellschaft*, S. 5 f.; Linde, *Die deutsche Politik*, S. 98.

20 Ther, *Deutsche Geschichte*, S. 132; Blackbourn, *Das Kaiserreich transnational*, S. 322.

21 Laak, *Laboratorien*, S. 257-279; zuvor Stoler, Cooper, *Between Metropole and Colony*, S. 5; ferner Rabinow, *French Modern*; Demm, *Besatzungsregime*, S. 71.

22 Smith, ‚Weltpolitik‘ und ‚Lebensraum‘.

1.2. Historiografie: Der Ostkrieg als *blackbox*

Das Vorhaben, die deutsche Besatzungspolitik in Mittel- und Osteuropa auf ihre gegenläufige Beeinflussung mit der Heimat hin zu betrachten, bewegt sich in der Historiografie auf vergleichsweise unbearbeitetem Terrain, so dass man zugespitzt von einer *blackbox* sprechen kann: Die Output-Funktion der Territorien ist bekannt, ihre inneren Abläufe dagegen weniger. Woran liegt das? Die Antwort findet sich in der historiografischen Analyse des Weltkrieges. Am 11. November 1918 hatte Matthias Erzberger (1875–1921) im Salonwagen im nordfranzösischen Compiègne als Abgesandter der deutschen Regierung den von den Alliierten angebotenen Waffenstillstand unterzeichnet und damit offiziell eingestanden, dass das Deutsche Reich den Krieg verloren hatte. Alle Anstrengungen und Leiden der vergangenen viereinhalb Jahre waren aus Sicht der Zeitgenossen umsonst gewesen; schlimmer noch: Im Vertrag von Versailles (Juni 1919), der den Friedensschluss besiegelte, wurden Deutschland hohe Kontributionen auferlegt und große Teile seines Staatsgebietes abgetrennt.²³

Unter diesen desolaten Bedingungen begann die deutsche (und unter gefühlten besseren Bedingungen natürlich auch die internationale) Historiografie im wahrsten Wortsinn mit der ‚Aufarbeitung‘ der Ereignisse, die durch Wut und Enttäuschung aufgeladen, mehr als eine nüchterne Retrospektive war. Ganz in diesem Sinne sind, neben zahlreichen, mitunter populärwissenschaftlichen Publikationen, zwei große Werke zu sehen: einmal das des Untersuchungsausschusses der ‚Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages‘ über die politischen Ursachen des deutschen Zusammenbruches von 1918²⁴ und das des neu geschaffenen Reichsarchives über den Kriegsverlauf (*Der Weltkrieg*²⁵). Sie zeigen sich über weite Strecken als Anklageschriften gegen tatsächliche oder vermeintliche politische und militärische Fehlentscheidungen im Reich selbst. Eine ähnliche Stoßrichtung besitzt das Dokumentenwerk *Die große Politik der Europäischen Kabinette*²⁶ des Auswärtigen Amtes (AA), das allerdings in vierzig Bänden die kontinuierliche ‚Einkreisungspolitik‘ der Entente belegen sollte und daher mit dem Jahr 1914 abbricht. Trotz der eindeutigen geschichtspolitischen Tendenzen gelten alle drei, kritisch gelesen, bis heute als ein unverzichtbarer Quellenkorpus, da unter anderem das Weltkriegswerk auf Archivbeständen beruht, die aufgrund von Kriegseinwirkung im Zweiten Weltkrieg unwiederbringlich zerstört wurden.²⁷

Zahlreiche Forschungskontroversen begleiteten die Ausarbeitung der genannten Editionen, die ihrerseits die mintunter scharfen politischen Gegensätze in der Weimarer Republik widerspiegeln: Wer war schuld an Kriegsausbruch und -niederlage und wer trug die Ver-

23 Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 400 f.

24 Hier besonders: Das Werk des Untersuchungsausschusses, Bd. 1.

25 Der Weltkrieg. 14 Bde.; die nach wie vor beste Abhandlung über den Kriegsverlauf bietet Stone, Eastern Front; daneben gab es eine Fülle von Detailstudien zu einzelnen Kriegsabschnitten. Hier sei exemplarisch für den Osten angeführt die Arbeit von Zeilmann, Die Bayrische Kavalleriedivision.

26 Die große Politik der Europäischen Kabinette. 40 Bde.

27 Salewski, Weltkrieg, S. 14 f.; Granier, Das Bundesarchiv-Militärarchiv, S. 20; in diese Reihe einzuordnen ist darüber hinaus die Dokumentensammlung von Kreppel (Hrsg.), Der Friede im Osten, die noch während des Krieges erschien (Juni 1918) und den Frieden von Brest-Litowsk als ‚gerechten Frieden‘ darstellen sollte, S. XXXII.

antwortung dafür, dass das scheinbar im Felde ungeschlagene deutsche Heer 1918 von der Heimat ‚erdolcht‘ wurde? Neben diesen bekannten, vor allem im rechtskonservativen politischen Lager zur heftigen Polemik gegen die neue demokratische Ordnung verwendeten Schlagsätzen, stand vornehmlich die von den republikanischen Kräften artikulierte Frage im Raum, ob die deutsche Reichsleitung und insbesondere die militärische Führung durch überzogene Kriegsziele die Chance eines Friedensschlusses zu einem günstigen Zeitpunkt vertan hatten. Hier rückte erstmalig im besonderen Maße die Ostpolitik ins Zentrum der Diskussion, da einzig anhand der Entscheidungen gegenüber dem um Frieden nachsuchenden, revolutionären Russland nachzuvollziehen war, wie die vielfältigen radikal-annexionistischen Forderungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich in reales politisches Handeln umgesetzt wurden.

Kleinere Arbeiten zum Frieden von Brest-Litowsk wie die von Volkwart John²⁸ und Erhard Walz²⁹ sowie zur Haltung verschiedener politischer Gruppierungen, beispielsweise von Frida Wacker³⁰ oder Hermann Ostfeld³¹ zu den Kriegszielen von Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei, nahmen sich des Themas an. Daneben behandelten größere Überblicksdarstellungen wie die von Arthur Rosenberg zur ‚Entstehung der Deutschen Republik‘³² oder die von Hans Herzfeld zur Rolle der deutschen Sozialdemokratie im Weltkrieg,³³ das Thema. Begleitet wurden die Studien von den zahlreichen revisionistischen Forderungen gegenüber dem ‚Versailler Diktat‘, die besonders die Regelungen in Mittel- und Osteuropa als Verstoß gegen das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung deuteten und die nach historischen Begründungen für deutsche Hegemonialansprüche in diesen Gebieten suchten.³⁴ Die Debatte um den Ostfrieden verließ aber nur selten die angestammten ideologischen Gegensätze, wonach konservative Historiker den demokratischen Kräften eine ‚Verzichtspolitik‘ und die Untergrabung vitaler deutscher Interessen unterstellten,³⁵ während man im linken Spektrum den konservativen und rechtsnationalen Kräften die wissenschaftliche Deckung eines uferlosen Imperialismus nachsagte. Weniger emotional aufgeladen präsentieren sich folglich besonders Arbeiten aus dem englischen oder amerikanischen Raum wie das in den 1930er erschienene große Werk von John W. Wheeler-Bennett zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.³⁶

Neben diesen politgeschichtlichen Metaarbeiten entstanden allerdings auch schon eine ganze Reihe von Detailstudien, die sich konkret mit der deutschen Besatzungspolitik in Mittel- und Osteuropa auseinandersetzten. So schrieb beispielsweise Rudolf Häpke über die allgemeine Verwaltung,³⁷ Friedrich Bertkau (o. A.) über das Pressewesen,³⁸ Hans Zemke

28 John, Brest-Litowsk.

29 Walz, Reichsleitung und Heeresleitung.

30 Wacker, Die Haltung.

31 Ostfeld, Die Haltung.

32 Rosenberg, Die Entstehung; vgl. auch Kehr, Der Kampf.

33 Herzfeld, Sozialdemokratie.

34 Rothfels, Der Vertrag, S. 3-24.

35 Vgl. Die Kritik Herzfelds an Bethmann Hollwegs Englandpolitik: Herzfeld, Rüstungspolitik.

36 Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk.

37 Häpke, Litauen.

38 Bertkau, Zeitungswesen.

(1898–?) über die deutsche Schulpolitik³⁹ und Robert Stupperich (1904–2003) über deutsche Siedlungspläne⁴⁰ im ‚Verwaltungsgebiet Ober Ost‘ (sprich die okkupierten Territorien im Baltikum und in Litauen). Alle vier Arbeiten zeichnen sich durch ihre präzise Beschreibung der lokalen Ereignisse und Strukturen aus, leiden aber zugleich auffällig an der stark subjektiven Sicht der Autoren wie z. B. Bertkaus, der als ehemaliger leitender Mitarbeiter in der Pressestelle von Ober Ost natürlich seine Schrift auch als Rechtfertigung des eigenen Handelns formulierte. Natürlich gilt auch für diese Arbeiten folgende Doppelfunktion: einerseits klassisches Geschichtswerk, andererseits Zugangsmöglichkeit zu den vernichteten Quellenbeständen des Heeresarchives, auf denen sie in der Hauptsache beruhen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges vollzog sich in der deutschen Historiografie eine erstaunliche Wandlung in der Bewertung der politisch handelnden Akteure. Galten, wie beschrieben, eher liberal-demokratisch orientierte Persönlichkeiten wie Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger oder ganze Gruppierungen wie die Sozialdemokratie in national-konservativen Kreisen bis dato als ‚Verzichtspolitiker‘, so mussten diese nun als Zeugen dafür eintreten, dass die deutsche Politik während des Ersten Weltkrieges in erster Linie von friedlichen Neigungen geprägt war und lediglich eine kleine, aber einflussreiche Gruppe von aggressiven Militaristen den Plan einer deutschen Expansionspolitik favorisiert hatte.⁴¹ Die Intention war klar: Das Odium einer latenten deutschen Aggression, einer langen Kontinuität deutscher Eroberungspläne, musste unter allen Umständen verhindert werden; allein um der neu geschaffenen Bundesrepublik freiheitliche Wurzeln jenseits des NS-Staates nachweisbar zu sichern.⁴² „Zeitgeschichtliche Ursachenforschung zum Nationalsozialismus“, so befand Klaus Große Kracht in der Rückschau, „hatte mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zu beginnen, nicht jedoch schon 1914 oder gar mit seiner Vorgeschichte und den innen- und außenpolitischen ‚Krisenherden‘ des Kaiserreichs“⁴³.

Die Abwehrfront, aufgebaut von Historikern wie Gerhard Ritter, Egmont Zechlin und Hans Herzfeld, sah sich allerdings bald unter Druck gesetzt. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer zeigte in einem Artikel in der ‚Historischen Zeitschrift‘ (HZ) erstmals exemplarisch anhand der deutschen Kriegsziele für Mittel- und Osteuropa zum einen auf, dass eine Kontinuität der Annexionsforderungen über die gesamte Dauer des Krieges bestand; darüber hinaus zum anderen, dass diese Forderungen in ihrer grundsätzlichen Stoßrichtung von einem umfassenden gesellschaftlichen Bündnis getragen wurden.⁴⁴ Auf den Artikel Fischers folgten zahlreiche, zunächst noch in moderatem Ton gehaltene Repliken in der HZ,⁴⁵ der

39 Zemke, Schule.

40 Stupperich, Siedlungspläne; die Zeitschrift ‚Jomsburg‘ sollte im NS die ‚wissenschaftlich‘ untermauerte Botschaft verbreiten, „daß ausschließlich das Deutsche Reich ein historisch verbürgtes Recht habe, das Erbe des Deutschen Ordens und der Hanse [...] anzutreten.“, Oberkrome, Volksgeschichte, S. 178.

41 Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. 4 Bde.

42 Vgl. Große Kracht, Kriegsschuldfrage.

43 Ebenda, S. 14.

44 Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 249–310; vgl. Klare, Kontinentale Hegemonie; Mann, Die baltischen Länder, S. 28 f.; Ribhegge, Frieden für Europa, S. 268; Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum.

45 Herzfeld, Zur deutschen Politik, S. 67–82; Zechlin, Deutschland, S. 347–458.

Versuch, die Kontroverse einzudämmen, scheiterte jedoch. Spätestens mit der Publikation von Fischers Buch *Griff nach der Weltmacht* erreichte der Forschungsdisput eine breite Öffentlichkeit.⁴⁶

Jenseits der grundsätzlichen Kritik besonders an Fischers Thesen zur Juli-Krise (aus der Kontinuität der Forderungen schloss Fischer auf eine aktive Rolle der Reichsleitung bei Kriegsausbruch), bemängelten Autoren wie Winfried Baumgart oder Hans-Erich Volkmann auf der methodischen Ebene, dass Fischer ein so umfangreiches Thema nicht zunächst in Einzelstudien angegangen sei,⁴⁷ sondern gleich die bei seinen Recherchen im damaligen Deutschen Zentral Archiv (DZA) in Potsdam und Merseburg gesammelten Quellen verarbeitet hatte bzw. „zur These den Beweis“ gesucht habe „anstatt von den Fakten zum Geschichtsbild zu gelangen.“⁴⁸ Auf der inhaltlichen Ebene stellten sie sich in ihren Arbeiten *Deutsche Ostpolitik 1918*⁴⁹ und *Die deutsche Balkumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne*⁵⁰ gegen die von Fischer konstatierte grundsätzliche Übereinstimmung von Reichsleitung (RL), Auswärtigem Amt, großen Teilen des Reichstags (RT) und Oberster Heeresleitung (OHL) in Fragen der deutschen Ostpolitik.⁵¹ Vielmehr sahen beide Autoren einen scharfen Konflikt zwischen den zivilen Stellen auf der einen und den militärischen Führungsebenen auf der anderen Seite.⁵² Parallel zu diesem Konflikt erschien eine ganze Reihe von weiteren Publikationen, die sich auf der dargestellten Spannungslinie zwischen beiden Polen eingrupperten, so etwa die fundierte Untersuchung des Fischer-Schülers Peter Borowsky zur deutschen Ukrainepolitik 1918⁵³ oder die Abhandlung von Gerd Linde über die deutsche Politik in Litauen,⁵⁴ die allerdings im Gegensatz zu den vorhergenannten stärker die lokale Besatzungspolitik mit einbezog.

Allen Arbeiten war gemeinsam, dass ihr Fokus stark auf den Entscheidungen in Berlin und der damit verbundenen Frage beruhte, welche gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen am deutschen Expansionsprogramm in welcher Form beteiligt waren. Noch immer drehte sich die Debatte also um die Frage der Kontinuität imperialer deutscher Konzeptionen. Der machtpolitische Output der deutschen Besatzungspolitik in Mittel- und Osteuropa stand weiterhin im Zentrum des Interesses, während die lokale Politik vor Ort eine *blackbox* blieb. Einen bemerkenswerten Ausreißer in dieser Linie stellte die leider bisher wenig beachtete Arbeit von Bernhard Mann zur Rolle der baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik dar.⁵⁵ Mann reduzierte zwar ebenso wie Fischer den Konflikt zwischen ziviler und militärischer Führung auf einen reinen Methodenstreit,⁵⁶ löste

46 Fischer, *Griff nach der Weltmacht*.

47 Baumgart, *Deutsche Ostpolitik*, S. 9.

48 Volkmann, *Baltikumpolitik*, S. 1.

49 Baumgart, *Deutsche Ostpolitik*.

50 Volkmann, *Baltikumpolitik*.

51 Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 493.

52 Vgl. Hillgruber, *Großmacht*, S. 65.

53 Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*; vgl. Berghahn, *Ostimperium*.

54 Linde, *Die deutsche Politik in Litauen*; vgl. Sukiennicki, Siekierski u.a., *East Central Europe*.

55 Mann, *Die baltischen Länder*.

56 „Das Bestreben, ein möglichst getreues Bild der ‚möglichen Geschichte‘ einer deutschen Politik gegen Rußland im ersten Weltkrieg zu entwerfen, muß uns dazu führen, stärker zu differenzieren, wenn wir auch deutlich erkennen, daß in der ‚tatsächlichen Geschichte‘ die verschiedenen Konzeptionen den gleichen Zweck erstrebten und erzielten.“, ebenda, S. 31; diese Ostkonzeptionen

sich darüber hinaus aber von der vorrangig machtpolitischen Beurteilung dieser oder jener ostpolitischen Vorstellungen und fragte stärker nach deren innenpolitischer Ausrichtung. Er schrieb:

„Die Annexion dieser Gebiete durch das Deutsche Reich und ihre Besiedlung mit deutschen Bauern sollten nach den Vorstellungen einflußreicher Gruppen den deutschen Siedlungsraum und die deutsche Macht in Europa erheblich vergrößern, aber gleichzeitig und vor allem das ‚Neuland im Osten‘ zum Angelpunkt machen, von dem aus an die wirtschaftlichen und sozialen, politischen und kulturellen Zustände Innerdeutschlands der Hebel angesetzt werden konnte.“⁵⁷

Manns Aussagen dürfen nun nicht wahllos in einen Topf mit den sich zeitgleich entwickelnden Sozialimperialismus- oder Sonderwegthesen etwa Hans-Ulrich Wehlers⁵⁸ oder Heinrich A. Winklers⁵⁹ geworfen werden.⁶⁰ In der Denkweise des Sozialimperialismus wären die Besatzungsgebiete und ihre geplante Annexion, ebenso wie die überseeischen Kolonien im Zeitalter Bismarcks und Wilhelm II., lediglich als machtpolitisches Ablenkungsmanöver von sozialen Verwerfungen der Modernisierung zu verstehen gewesen.⁶¹ Möglicherweise hätten marxistische Autoren ihnen noch die Funktion einer Ressourcenquelle zugebilligt, deren Profit zur Bestechung der Arbeiterklasse hätte verwendet werden können.⁶² Die Möglichkeit, dass unterschiedliche Imperialismusvarianten, unterschiedliche außen- wie innenpolitische Zielsetzungen verfolgt hatten, blieb in der sozialgeschichtlich orientierten Historiografie somit vollkommen außen vor.⁶³ Gerade diese eindimensionale Sichtweise verfolgte Mann jedoch nicht. In Anlehnung an Hannah Arendt und ihren Aussagen über kontinentalen Imperialismus⁶⁴ sowie in einer überraschenden Linie zu heutigen Forschungen,⁶⁵ stand für Mann – entgegen dem *blackbox*-Schema – die innere Ausgestaltung der okkupierten Territorien im Mittelpunkt. Ihre Struktur habe entscheidenden Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung des Mutterlandes gehabt. Manns Thesen bewegten sich damit bereits auf einem dritten Weg zwischen den beiden großen Forschungsrichtungen, die sich nach der Überwindung der Fischer-Kontroverse herausbildeten und die bereits beide genannt wurden: zum einen die Bielefelder Schule, die innenpolitische Vorgänge als bewegendes Moment für außenpolitisches Handeln annahm, zum anderen die Gruppe um Hillgruber und Hildebrand, die eine eigene Dynamik des Mächtesystems als außenpolitische Motivation für ausschlaggebend hielt.⁶⁶

konnten teilweise in ihrer ‚weltpolitischen Tragweite‘ über die Konzepte der politischen Rechten hinausgehen, ebenda, S. 17 und S. 55.

57 Ebenda, S. 6.

58 Wehler, *Das deutsche Kaiserreich*; Ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3.

59 Winkler, *Der lange Weg*, Bd. 1.

60 Grebing u.a., *Der ‚deutsche Sonderweg‘*; Smith, *Sonderweg-Debatte*, S. 37; vgl. Ther, *Deutsche Geschichte*, S. 130.

61 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, S. 985 f. und S. 1138 f.

62 Basler, *Annexionspolitik*, S. 46; vgl. die wesentlich differenziertere Position von Kielmansegg, *Weltkrieg*, S. 245; vgl. ferner Berghahn, *Tirpitz-Plan*, S. 15; Mommsen, *Der Erste Weltkrieg*, S. 83.

63 Smith, *Origins*, S. 8 f.

64 Arendt, *Elemente und Ursprünge* 2008, S. 360.

65 Conrad, *Globalisierung und Nation*, S. 75-77.

66 Wehler, *Krisenherde*, S. 383-403.

Diese dritte Richtung löste sich einerseits und in Abgrenzung zu den Sonderwegshistorikern von der Annahme, es habe einen Normalverlauf der ‚Modernisierung‘ westlicher Gesellschaften gegeben.⁶⁷ Andererseits setzte sie sich von der starken Nationalstaatsfixierung der Diplomatiegeschichte ab. Für sie stand als eine Grundkonstante der Moderne deren innere Ambivalenz und Widersprüchlichkeit fest.⁶⁸ Häufig entwickelte sich aus den die Modernisierungsprozesse begleitenden Unsicherheiten der Wunsch, durch autoritäre Planung und Disziplinartechniken eine Schneise der Beständigkeit in eine sich rasant wandelnde Umwelt zu schlagen.⁶⁹ Auf Deutschland bezogen⁷⁰ äußerte sich dies aufgrund seiner geografischen Lage und seiner seit dem Mittelalter bestehenden engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa in der romantischen und zugleich modernen Sehnsucht, die deutsche Besiedlung insbesondere im Baltikum fortzusetzen und dort in Anlehnung an den alten Deutschordensstaat ein Gemeinwesen zu schaffen, dass eben jene gefühlten Unsicherheiten beseitigen könnte. Der Osten erschien als ein gelobtes Land, ja gewissermaßen als ein „Traumland“,⁷¹ dessen Ursprünglichkeit in einem Gegensatz zu der durch Industrialisierung und Urbanisierung aus den Fugen geratenen deutschen Gesellschaftsordnung stand. Hieraus entstand, so die Auffassung auch vieler zeitgenössischer Autoren, ein deutscher ‚Drang nach Osten‘.⁷² Dass die Schaffung der damit angestrebten Ordnung auf einen Konflikt mit den dort lebenden Völkern hinauslief, wurde vielfach ignoriert. Das Land erschien, ähnlich wie die ‚Great Plains‘ in den USA, als koloniales Niemandsland oder als *tabula rasa*, in das man die die Industrialisierung begleitenden Auswanderungsbewegungen umlenken konnte.⁷³ Hier ist zunächst allerdings nur von Bedeutung, dass sowohl Mann wie Arendt – eher noch unsystematisch – als auch heutige Autoren wie Dirk van Laak⁷⁴ oder Birte Kundrus⁷⁵ Kolonien und, so die These dieser Arbeit, den Besatzungsgebieten in Mittel- und Osteuropa während des Ersten Weltkrieges,⁷⁶ eine wichtige Funktion in der Beeinflussung der Gesellschaft des Mutterlandes selbst ein-

67 Blackbourn, Eley, Mythen.

68 Torp, Müller, Das Bild, S. 15; Volkov, Antimodernismus; Bauman, Ambivalenz; Ders. Dialektik; Peukert, Die Weimarer Republik; Bavaj, Ambivalenz der Moderne.

69 Rössler, Schleiermacher, ‚Der ‚Generalplan Ost‘, S. 10; Foucault, Wahnsinn und Gesellschaft; Ders., Überwachen und Strafen; Stern, Kulturpessimismus, S. 19 f.

70 Die durch die Modernisierung ausgelösten Spannungen und Krisen waren kein speziell deutsches Phänomen, entwickelten aber nach 1890 im Deutschen Reich eine besondere Intensität, die ihren Kulminationspunkt im Nationalsozialismus fanden. Einen guten Überblick zum Forschungsstand bieten Chu, Kauffmann u.a., A Sonderweg, S. 318-324.

71 Thum (Hrsg.), Traumland Osten.

72 Liulevicius, German Myth; Wippermann, Die Deutschen und der Osten.

73 So zum Beispiel artikuliert in der Gemeinsame[n] Denkschrift von Hermann Schumacher und Hugo Stinnes (16. November 1914), in: Opitz (Hrsg.), Europastrategien, S. 278; Conrad, Globalisierung und Nation, S. 150; Laak, Laboratorien, S. 266.

74 Ebenda.

75 Kundrus, Von der Peripherie, 363 f.; vgl. Bade, Die „Zweite Reichsgründung“, S. 185; vgl. Arendt, Elemente und Ursprünge 2008, S. 360.

76 Dass es sich bei den Okkupationsgebieten um Kolonien handelte, bestätigt Sebastian Conrad, der die extrakonstitutionelle Angliederung beispielsweise des Baltikums in Form von Personalunionen in den Rahmen kolonialer Praktiken einordnet, Conrad, Globalisierung und Nation, S. 144 und 150; dieser wies an anderer Stelle – auch in Bezug auf die Besatzungsgebiete in Nordwestrussland – darauf hin, dass ein Blick auf diese Praktiken möglicherweise zeigen könne, dass

räumten. Kolonien dienten demnach als Projektionsfläche für politische Zukunftsvisionen, die man dereinst in der Heimat selbst anwenden wollte:

„Konservative Kolonialanhänger erwarteten, daß dieser nationale Stolz die Akzeptanz politischer Machtkonstruktionen des Wilhelminischen Reiches erhöhte. ‚Dieser Sozialimperialismus‘ [...] würde von Demokratisierungsbestrebungen ablenken. Er würde in seiner identitätsstiftenden Wirkung innenpolitisch für soziale Integration und -kohäsion und außenpolitisch für Abgrenzung sorgen. Liberale wie Friedrich Naumann dagegen knüpften an eine erfolgreiche Expansionspolitik die Hoffnung nicht auf eine Festigung, sondern auf durchgreifende Reformen in der deutschen Verfassungs- und Innenpolitik. [...] Brisant wurde das Kolonialinteresse nicht zuletzt auch deswegen, weil es zu einer Arena der Austragung konkurrierender Gesellschaftsentwürfe und Lösungsmodelle heimatlicher Probleme geriet – auf Kosten der Kolonialiserten.“⁷⁷

Van Laak bezeichnete, wie eingangs bereits angeführt, in gleicher Stoßrichtung Kolonien als „Laboratorien der Moderne“,⁷⁸ in denen sich einerseits konservativ-paternalistische Traditionen halten, Präventionsstrategien gegen den gesellschaftlichen Umbruch ‚getestet‘ und gewünschte Gesellschaftsformen wie in der modernen Stadtplanung am „Reißbrett“⁷⁹ entworfen werden konnten, andererseits aber auch liberal-zivilisatorische Konzepte verwirklicht wurden. Die Versuchsanordnung in der Peripherie war zugleich immer auch von Maßnahmen in der Metropole begleitet, die zum einen sozialdisziplinierend wirkten, aber auch, wie die Kolonial- bzw. Kriegsausstellungen, aufklärenden und erziehenden Charakter hatten.⁸⁰

Die Art der projizierten Gesellschaftsentwürfe konnte nun sehr unterschiedliche Züge annehmen. Eine sinnvolle Trennung entlang modernisierungsoptimistischer und modernisierungsskeptischer Gruppierungen unternahm Woodruff Smith, der sich mit seinem Modell ebenfalls an die bereits erwähnten, älteren Vorstellungen von Hannah Arendt⁸¹ anschloss und für ersteren Fall von ‚Weltpolitik‘, für letzteren von ‚Lebensraum‘ sprach. Weltpolitik erschien dabei „als deutsche Version eines verbreiteten Phänomens des westlichen Imperialismus im späten 19. Jahrhundert: ein ideologisches Konstrukt, in dessen Mittelpunkt eine positive Sicht des Prozesses der ökonomischen Modernisierung und eine spezifische Haltung zur Beziehung zwischen Nationalstaat und dem sich entwickelnden Wirtschaftssystem stand [...]“.⁸² Hingegen betrachteten die Anhänger der Lebensraum-Ideologie, zu denen Smith in besonderem Maße völkische Gruppierungen zählte, „den Imperialismus als eine Möglichkeit für Deutschland, sich zu modernisieren und doch einige von den sozialen und kulturellen Kosten der Modernisierung zu vermeiden. In ihren lautstärkeren Formulierungen, vor allem denen, die dann zum Markenzeichen des Alldeutschen Verbandes wurden, wurde die Forderung nach ‚Lebensraum‘ zum Ruf nach massiver Ausdehnung der Gebie-

der Erste Weltkrieg nicht die ‚Urkatastrophe‘ des Jahrhunderts gewesen sei, sondern in imperiale Zusammenhänge eingeordnet werden müsse, Ders., Deutsche Kolonialgeschichte, S. 102.

77 Kundrus, Moderne Imperialisten, S. 6 und S. 9.

78 Laak, Laboratorien; Grosse, Kolonialismus, S. 119.

79 Ebenda, S. 264.

80 Conrad, Globalisierung und Nation, S. 75; Beil, Kriegsausstellung; vgl. Debusmann, Riesz (Hrsg.), Kolonialausstellungen.

81 Arendt, Elemente und Ursprünge 2008, S. 358.

82 Smith, ‚Weltpolitik‘ und ‚Lebensraum‘, S. 39.

te in der Welt, die direkt unter deutsche Kontrolle standen und von Deutschen besetzt waren.“⁸³ Heruntergebrochen auf die koloniale Praxis bedeutete dies eine Unterteilung in einen indirekten, ‚liberalen‘ Handels- bzw. Wirtschafts- und einen direkten, ‚autoritären‘ Siedlungsimperialismus.⁸⁴

Auf dieser Forschungsgrundlage führte nun Vejas G. Liulevicius in seiner Arbeit *Kriegsland im Osten* die verschiedenen genannten Aspekte zusammen.⁸⁵ Die Kontinuität deutscher Expansionspolitik in Richtung Osten, die modernekritischen Elemente des Siedlungsimperialismus und die damit verbundenen Gesellschaftsutopien legte er als Maßstab an, um die deutsche Besatzungspolitik im Verwaltungsgebiet Ober Ost zu untersuchen. Für Liulevicius stellte sich die Disziplinierung der lokalen Bevölkerung und die Ordnung des als chaotisch empfundenen Raumes mit Hilfe von verkehrs-, gesundheits- und kulturpolitischen Maßnahmen als der angesprochene Versuch dar, einen Modellstaat am ‚Reißbrett‘ zu errichten, der als ein Gegenpol zu den liberal-demokratischen Entwicklungen im Deutschen Reich selbst wirken konnte.

Die Konfrontation mit Schmutz, Krankheiten, der ethnischen Vielfalt und der räumlichen Unübersichtlichkeit habe aber zugleich die schon vor dem Krieg auf Russland projizierte Angst vor den ‚asiatischen Horden‘, dem aggressiven Panslawismus und seit 1917 dem Bolschewismus bestärkt. In der Summe sei aus der Mischung von positiver Utopie, negativer Wahrnehmung von ‚Land und Leuten‘ und schließlich dem Scheitern der deutschen Politik 1918 der gesellschaftliche Nährboden für die Radikalisierung der Gedanken im Nationalsozialismus entstanden. An die Stelle von Zivilisierung und Germanisierung habe Hitler die Ausrottung gesetzt, weil das vorhandene ‚Menschenmaterial‘⁸⁶ einfach nicht im Sinne der deutschen Planung zu verbessern war. Die Ostpolitik Ludendorffs wurde damit zum Vorbild, zur Blaupause oder, wie es Liulevicius ausdrückte, zum stillen „Vermächtnis“ des späteren ‚Generalplans Ost‘.⁸⁷

Sehr verkürzt könnte man nach diesem Abriss festhalten, dass Liulevicius die deutsche Besatzungspolitik verstärkt auf die Durchdringung mit dem Konzept der Lebensraumpolitik hin untersucht hat. In dem skizzierten Beispielkonflikt Goßler gegen David wäre folglich der Part des ersteren durch die Forschungen des amerikanisch-litauischen Historikers abgedeckt. Liulevicius vernachlässigte allerdings das weltpolitische Programm im Hinblick auf dessen intendierte außen- wie innenpolitische Wirkungen, die sich von denen der Lebensraumkonzeption in zentralen Bereichen fundamental unterschieden. Der verengte Blick auf vornehmlich völkisch-nationale Kolonisationsvorstellungen wertete nämlich die bereits von Baumgart und Volkmann detailliert nachgewiesenen Konflikte zwischen politischer und militärischer Führung im Rahmen der ostpolitischen Aushandlungsprozesse zu schwach. Er marginalisierte folglich den Einfluss großer Teile der zivilen Staatsführung und des Reichsta-

83 Ebenda, S. 41.

84 Zu den Kontroversen in der deutschen Kolonialpolitik vor 1914 siehe Osterhammel, *Kolonialismus*; Schulte-Althoff, *Koloniale Krise*, S. 409-411.

85 Liulevicius, *Kriegsland*; Ders., *Der Osten*; Ders., *Von ‚Ober Ost‘ nach ‚Ostland‘*.

86 Ders., *Kriegsland*, S. 277.

87 Ebenda, S. 9; so auch Wippermann: „In diesem Zusammenhang ist der ‚Generalplan Ost‘ zu sehen und zu interpretieren. Er steht [...] in der politischen und ideologiegeschichtlichen Kontinuität des deutschen Ostimperialismus.“ Wippermann, *Wie modern*, S. 129; auf Diskontinuitäten wiesen hingegen zuletzt hin: Lehnstaedt, *Fluctuating*; Böhler, *Generals and Warlords*.

ges und erklärte das Ringen um die Ausgestaltung der Ostpolitik gewissermaßen zu einem Scheingefecht um Nuancen im Kern faktisch gleichgerichteter Expansionsstrategien. Die große Varianz, ja sogar die zum Teil sichtbare Gegenläufigkeit der vorhandenen Konzeptionen wurde dabei zu wenig in die Betrachtungen miteinbezogen und, darüber hinaus, das Kaiserreich während des Ersten Weltkrieges zu einseitig als eines von den Militärs dominierten Staatswesens kategorisiert.⁸⁸

Anhand der Quellen aus den Reichsbehörden, aus persönlichen Überlieferungen, vor allem aber auch aus dem Besatzungsgebiet sollen daher in der vorliegenden Arbeit die innen- wie besatzungspolitischen Zielsetzungen der Welt- wie Lebensraumpolitiker *gleichermaßen* aufgezeigt, die *blackbox* weiter ausgeleuchtet und zuletzt die Bedeutung der engen Wechselwirkung zwischen Mikro- und Makroebene für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des späten wilhelminischen Staates insgesamt untersucht werden.

1.3. Quellenlage und Gliederung

Um ein umfassendes Bild der deutschen Besatzungspolitik in Mittel- und Osteuropa nachzeichnen zu können, ist der Rückgriff auf sehr unterschiedliche Quellengattungen nötig. Insofern steht vor der Betrachtung des vorhandenen Materials zunächst eine Definition, bzw. Abgrenzung, der weitgehend sehr heterogenen Okkupationsgebiete, der dort geschaffenen Behörden und agierenden Personen, die diese Quellen hervorbrachten und damit nicht zuletzt auch des inhaltlichen Umfangs der vorliegenden Arbeit. Eine Kategorisierung lässt sich in dieser Hinsicht nach erstens räumlichen, zweitens zeitlichen und schließlich drittens nach personellen Kriterien vornehmen:

Der Ostfeldzug des Jahres 1915 unter Generaloberst Paul von Hindenburg und seinem Generalstabchef Erich Ludendorff hatte zunächst Polen, die südlichen Teile der baltischen Provinzen, die litauischen Gouvernements und einen schmalen Streifen des westlichen Weißrusslands unter deutsche Kontrolle gebracht. Diese Territorien können in der Rückschau als das Kerngebiet der deutschen Besatzung im Osten bezeichnet werden. Nachdem Polen zügig noch im August 1915 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn aufgeteilt und beide Gliederungseinheiten wie Belgien den Status eines zivilen Generalgouvernements erhalten hatten⁸⁹ und damit aus dem Befehlsbereich der Militärs ausgeschieden waren, blieb das bereits oben erwähnte Verwaltungsgebiet Ober Ost – Kurland, Litauen und die weißrussischen Gebiete – zunächst als Etappeninspektion der Fronttruppen, später als selbständige Militärverwaltung, bestehen. Im Zeitraum zwischen Sommer 1915 und Herbst 1917 wurde dieser Bereich nur um kleinere Gebiete arrondiert. Während die Zukunft dieser Territorien, wie hier ja noch deutlich herauszustellen sein wird, politisch höchst umstritten blieb, schlug die Reichsleitung für Polen – in Kooperation mit der OHL und in relativer Einmütigkeit mit allen politischen Strömungen des Reichstags – sehr bald eine Politik der nationalen

⁸⁸ Eine facettenreiche Gesamtschau des Krieges im Osten lieferten zuletzt Włodzimierz Borodziej und Maciej Górny, die allerdings die imperialen Konzeptionen nur schlaglichtartig behandeln, Borodziej, Górny, *Weltkrieg*, 2 Bde.

⁸⁹ Im nördlichen, deutschen Teil mit der Bezeichnung ‚Generalgouvernement Warschau‘, im südlichen, österreichisch-ungarischen Teil ‚Generalgouvernement Lublin‘.

Selbständigkeit ein, die für sich genommen ein eigenes Kapitel deutscher Ostpolitik darstellte.⁹⁰ Die polnische Frage wird daher im Rahmen dieser Arbeit nur insoweit behandelt, wie sie auf die Ausbildung ostimperialistischer Konzeptionen insgesamt einwirkte. Nur am Rande behandelt werden die deutschen Ziele gegenüber Rumänien. Das Land trat im August 1916 auf Seiten der Entente in den Krieg ein, unterlag rasch einer kombinierten deutsch-österreichisch-ungarischen Streitmacht und wurde bis auf eine kurze Phase 1917 weitgehend dem Interessengebiet der Habsburgermonarchie zugerechnet.⁹¹

Es folgte schließlich in einem zweiten deutschen Vorstoß im Herbst 1917 die Eroberung der noch bei Russland verbliebenen, nördlichen baltischen Provinzen Livland und Estland sowie mit dem Frühjahr 1918 der Ukraine (zusammen mit Österreich-Ungarn), Südfinnlands und von Teilen des Kaukasus. Dieser Bereich – inklusive der bestehenden Ober Ost-Territorien – stand bis November 1918 unter der militärischen Kontrolle des ‚Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten‘.⁹² Er ist daher grundsätzlich als organisatorische Einheit zu betrachten. Da indessen nur im Baltikum, in Litauen und Teilen Weißrusslands (1915–1918) die Errichtung einer dauerhaften militärischen Verwaltungsstruktur – mit der entsprechend umfangreichen Basis an Dokumenten und Publikationen – entstand und nur in diesen Gebieten die Bandbreite zwischen indirektem Wirtschafts- und direktem Siedlungsimperialismus über einen längeren Zeitraum öffentlich diskutiert wurde, stehen diese Gebiete im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Den intensivsten und exklusivsten Einfluss übten die Deutschen während der insgesamt dreieinhalbjährigen Besatzung im Baltikum und in Litauen aus. Die erheblich kürzere ‚Doppelherrschaft‘ in der Ukraine wird punktuell in die Betrachtung einfließen, aber nicht im Kern behandelt werden.⁹³ Mit Finnland und dem Kaukasus wird die nördliche und südliche Peripherie des Besatzungsgebietes, die temporär und in erster Linie indirekt dem deutschen Einfluss unterlag, nur schlaglichtartig gestreift.⁹⁴

In Berührung mit diesen Ländern und ihren Einwohnern gerieten neben dem militärischen Personal in erster Linie die Mitarbeiter der Okkupationsverwaltung: Die rasch aufkeimenden Hoffnungen, die Territorien auch über den Krieg hinaus zu beeinflussen oder gar an Deutschland anzugliedern, machten von Beginn an die Schaffung einer professionellen, über militärische Bedürfnisse hinauswirkenden Behördenorganisation notwendig. Dies galt für die offiziell nach der Haager Landkriegsordnung (HLO) geschaffene Besatzungsordnung für das Verwaltungsbiet Ober Ost ebenso wie für die inoffiziellen Organisationen, die zur Kontrolle der beiden eigentlich befreundeten ukrainischen Regierungen (‚Rada‘/‚Hetmanat‘)

90 Konflikte eröffneten sich in erster Linie über die Frage der Angliederung des polnischen Staates an die Habsburgermonarchie und die Abtrennung eines polnischen Grenzstreifens an das Deutsche Reich. Die grundsätzliche Schaffung eines polnischen Staates wurde aber kaum zu Disposition gestellt, vgl. Lemke, Allianz; Basler, Annexionspolitik; Geiss, Grenzstreifen; Conze, Polnische Nation.

91 Vgl. Mayerhofer, Zwischen Freund und Feind.

92 Sowohl der Befehlsbereich als auch das besetzte Gebiet wurden mit den synonymen Begriffen Ober Ost bzw. Obost oder Oberost bezeichnet.

93 Vgl. u.a. Dornik (Hrsg.), Die Ukraine; Golczewski, Deutsche und Ukrainer.

94 Vgl. Bihl, Die Kaukasus-Politik. 2 Bde., hier insbesondere Bd. 2; außerdem die entsprechenden Kapitel in Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918; Eisfeld, Deutsche Kolonien; Neutatz, Die „deutsche Frage“.

im Jahre 1918 geschaffen wurden. In allen Fällen musste Fachpersonal aus dem Reich herangeführt werden, das an vielen Stellen über seine kontinuierliche Tätigkeit und die währenddessen entwickelten Zukunftsvisionen Zeugnis abgelegt hat. Gleiches gilt nicht zuletzt für den großen Tross an Intellektuellen und Künstlern, die besonders im stark ausgebauten Zeitungswesen in den Besatzungsgebieten tätig waren.

Entsprechend der genannten Voraussetzungen boten sich als erste Zugriffsmöglichkeit die Originaldokumente der Besatzungsbehörden im Bundesarchiv Militärarchiv in Freiburg (BA-MA) an. Wie bereits oben angedeutet, wurde leider der überwiegende Teil der originalen Besatzungsunterlagen bei einem alliierten Luftangriff auf Potsdam und das dort beheimatete Heeresarchiv im April 1945 zerstört. Dies hat zur Folge, dass die Masse der Dokumente einerseits der niederen lokalen Einrichtungen wie der Kreisämter sowie andererseits der einzelnen Departements der Hauptverwaltung Ober Ost unwiederbringlich verloren sind. So umfasst der die Besatzungsunterlagen beinhaltende Bestand ‚Preußisches Heer (PH) 30–III‘ nur wenige Seiten. Erhalten blieben dagegen die zahlreichen Amtsdrucksachen des Preußischen Heeres (PHD), die neben dem Weltkriegswerk als maßgebliche Ersatzüberlieferung angesehen werden können.⁹⁵ Hier standen dem Verfasser zahlreiche Publikationsarten wie Zeitungen, Verordnungen, Verwaltungsberichte und Nachlässe der Verwaltungsbeamten des militärischen Führungspersonals im BA-MA zur Verfügung.⁹⁶

Eine weitere Möglichkeit, die aufgezeigten Lücken zu füllen, boten in der Folge die Kriegsarchive der deutschen Kontingentsheere (heute als Unterabteilungen der jeweiligen Hauptstaatsarchive, HStA).⁹⁷ Die Kriegsministerien in München, Dresden und Stuttgart archivierten das anfallende Schriftgut der eigenen Armeekorps und deren Führungspersonals, mit dessen Hilfe die konkrete Umsetzung von Befehlen der Besatzungsbehörden zumindest partiell nachvollzogen werden konnte. Das bisher zwar in Teilen edierte, aber hier nur äußerst unvollständig wiedergegebene⁹⁸ Kriegstagebuch des Oberbefehlshabers Ost, Prinz Leopold von Bayern, erwies sich in dieser Hinsicht als sehr ergiebig.⁹⁹ Als weitere Schlüsseldokumente sind darüber hinaus die Akten der Berliner Reichskanzlei zu sehen. Sie überdauerten den Krieg außerhalb der Stadt, befanden sich nach 1945 im Besitz der DDR (im DZA in Merseburg und Potsdam) und lagern heute im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (BArch) sowie im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK). Sie beinhalten den Schriftverkehr zwischen den Besatzungsbehörden, der OHL und der zivilen

95 Wenige Informationen enthielt dagegen die Sammlung von Schriften, die während des Krieges zur Erstellung des Weltkriegswerkes ins Kriegsgeschichtliche Forschungsamt ausgelagert war, BA-MA, RH 61, Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres.

96 So unter anderem die von der Verwaltung herausgegebenen Agenturmeldungen, bezeichnet als ‚Korrespondenz B‘, BA-MA, PHD 8/23, Oberkommandos. Korrespondenz B, 1916–1917, 1918.

97 Die Wehrverfassung des Kaiserreiches sah als Tribut an die Souveränitätsabgabe der großen deutschen Fürstenhäuser Sachsen, Württemberg und Bayern bei der Reichsgründung weiterhin eigene militärische Formationen vor, die nur im Kriegsfall dem gemeinsamen (preußische-deutschen) Oberkommando, ausgeübt durch den deutschen Kaiser, unterstellt wurden. Dieses Verfahren wurde 1914 tatsächlich angewendet, ohne jedoch die zuständigen Kriegsministerien in den einzelnen Staaten ihrer Funktion als oberster Dienstbehörde zu berauben.

98 Körner, Körner (Hrsg.), Leopold Prinz von Bayern.

99 HStA München, Geheimes Hausarchiv, Nachlass Prinz Leopold 239, Kriegstagebuch aus dem 1. Weltkrieg (16. Oktober 1914–18. Januar 1919).

Staatsführungen sowie weiterhin zahlreiche Abschriften über Verwaltungsvorgänge. Sie ermöglichten einen plastischen Einblick in die Auseinandersetzung zwischen ziviler und militärischer Führung über die innere Ausgestaltung des besetzten Gebietes.¹⁰⁰ Zusätzlich zu den genannten Archiven im Bundesgebiet ergänzten schließlich das Litauische Historische Staatsarchiv in Wilna (Vilnius) (Lietuvos centrinių valstybės istorijos archyvas, LCVIA) durch eine Vielzahl überlieferter Akten aus den unteren Ebenen der Besatzungsverwaltung wie beispielsweise aus dem Kreisamt Birsche (Biržai) in Nordlitauen¹⁰¹ und das US-Nationalarchiv (The National Archives at College Park, Maryland) durch einige Außenbetrachtungen das Bild.

Durch die Kombination der verschiedenen Archivbestände gelang es also, die nur sehr bruchstückhafte Überlieferung des BA-MAs zu ergänzen. Noch fehlende, wichtige Druckerzeugnisse wie die ‚Kownoer Zeitung‘¹⁰², die als amtliches Organ im Bereich Ober Ost in etwa die Funktion der ‚Norddeutschen Allgemeinen‘ (NAZ) übernahm, oder zahlreiche Verwaltungsberichte der Ober Ost-Bezirke konnten in deutschen Bibliotheken nachgewiesen werden.¹⁰³ Daneben standen die zahlreichen Memoiren der handelnden Akteure wie beispielsweise von Hans-Joachim von Brockhusen-Justin (1869–1928) (dem Schwiegersohn Hindenburgs) oder dem Forstrat Georg Escherich (1870–1941)¹⁰⁴ und literarische Verarbeitungen der Kriegserlebnisse wie Arnold Zweigs (1887–1968) *Der Streit um den Sergeanten Grischa*¹⁰⁵ zur Verfügung. Ebenso kamen die bereits oben angegebenen Nachkriegsstudien, etwa von Zemke zur Schulpolitik im Verwaltungsgebiet Ober Ost, die auf Grundlage einer noch intakten Quellenüberlieferung verfasst wurden.¹⁰⁶ Hinzu trat im nächsten Schritt die umfangreiche zeitgenössische Literatur, die sich mit den vom Deutschen Reich besetzten Regionen befasste, allen voran die von der Besatzungsverwaltung selbst herausgegebene Schrift *Das Land Ober Ost*¹⁰⁷, welche die Basis einer großangelegten Propagandaoffensive bildete, mit der in der Heimat die deutsche Kampagne in Mittel- und Osteuropa flankiert wurde. Diese Literatur bot, neben der intendierten Überzeugungsarbeit für eine deutsche Ostexpansion, einen guten Einblick über die Wahrnehmungen und Zielsetzungen der schreibenden Gruppen und Persönlichkeiten.

Um neben der vorhandenen Literatur auch auf Quellenbasis das politische Ringen um die ‚richtigen‘ Zukunftskonzepte für die Besatzungsgebiete nachvollziehen zu können, erwies sich zuletzt die Durchsicht diverser Quelleneditionen wie beispielsweise von Publikationen aus der Reihe *Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*¹⁰⁸, den von marxistischen Autoren zusammengestellten Bänden zur deutschen Russlandpolitik¹⁰⁹ und dem von André Scherer und Jacques Grunewald herausgegeben Werk *L'Allemagne et*

100 BArch, R 43 Reichskanzlei.

101 LCVIA, f. 641, ap. 1, b. 52, Kreisamt Birsche, Verwaltungsberichte.

102 ‚Kownoer Zeitung‘, Kowno 1916–1918.

103 Etwa der [I.] Verwaltungsbericht der Deutschen Verwaltung für Litauen vom 13. Oktober 1915.

104 Brockhusen, Der Weltkrieg; Escherich, Jäger.

105 Zweig, Der Streit.

106 Zemke, Schule.

107 Das Land Ober Ost 1917.

108 Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus.

109 Chrostov, Doernberg (Hrsg.), Deutsch-sowjetische Beziehungen. 2 Bde.; Stern (Hrsg.), Die Auswirkungen. 4 Bde.

*les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale*¹¹⁰ als äußerst fruchtbar. Partiiell wurden darüber hinaus führende Zeitschriften politischer Parteien oder Verbände herangezogen.¹¹¹

Der asymmetrische Vergleich der deutschen Ostpolitik auf der Makroebene mit der Besatzungspolitik vor Ort gliedert sich auf dieser Grundlage in drei große Abschnitte:

Zunächst werden in einem ersten Schritt die historischen Bedingungen einer deutschen Ostexpansion von der Aufklärung bis ins wilhelminische Zeitalter dargestellt (2. Kapitel) und die Eroberungen in Mittel- und Osteuropa selbst sowie die ersten persönlichen Erfahrungen der Soldaten mit ‚Land und Leuten‘ unter Zuhilfenahme von Memoirenliteratur und Archivquellen erörtert (3. Kapitel). Eine wichtige Rolle spielt dabei die Frage, inwiefern der unmittelbare Kontakt mit den eroberten Territorien Westrusslands bestehende Vorstellungen bestätigte oder veränderte, neue Ansichten schuf und welche politischen Implikationen daraus erwuchsen.

Im zweiten Schritt werden die zwischen 1914 und 1916 entstandenen politischen Konzeptionen anhand der zahlreichen vorhandenen Denkschriften und Eingaben idealtypisch strukturiert (4. Kapitel), um den Wandlungsprozess von Friedensvorstellungen hin zu den im Kriegszielsdiskurs wirkmächtigen ostpolitischen Programmen nachvollziehen zu können. Zentral sind hier der Abgleich mit fundamentalen Gesellschaftsvorstellungen und die Untersuchung der Rolle, die der Ostimperialismus in diesen spielte. Dem folgt die Untersuchung der ostpolitischen Praxis der zivilen wie der militärischen Staatsführung auf der Makroebene (5. Kapitel). Anhand behördlichen Aktenmaterials kann erklärt werden, welche der formulierten Ideen in konkretes Handeln umgesetzt wurden und welche Konflikte die Umsetzung begleiteten.

Im dritten Schritt steht das Besatzungsgebiet Ober Ost selbst im Fokus (6. Kapitel). Ausgehend von einer engen wechselseitigen Beeinflussung von Makro- und Mikroebene wird zu untersuchen sein, welche politischen Ideen aus dem politischen Zentrum vor Ort verwirklicht wurden und wie Besatzungspraxis und -erfahrung auf die Genese imperialer Vorstellungen zurückwirkten. Lokale Quellen ermöglichen es, die Implementierung potenziell konkurrierender Programme und Ideen zu untersuchen und so die Auswirkung auf das kriegsversehrte Land aufzuzeigen.

Abschließend wird die Funktion und die Rückwirkung des vor den Toren des Reiches gelegenen kolonialen Ergänzungsraumes auf den deutschen Imperialismus insgesamt und auf die gesellschaftliche Entwicklung im Reich seit der Industrialisierung bilanziert.

In der Arbeit verwendete Orts- und Raumangaben basieren auf der in den Akten gebräuchlichen deutschen Transkription unter einmaligen Verweis auf die heutigen Namen in der jeweiligen Landessprache. Umlaute, SS- und Eszett-Varianten werden nicht markiert und entsprechen in den Quellenausügen dem Originaltext.

110 Scherer, Grunewald (Hrsg.), *L'Allemagne*. 4 Bde.

111 So etwa die sozialdemokratischen ‚Sozialistischen Monatshefte‘ (SM), die zentrumsnahe ‚Germania‘, die liberal-konservativen ‚Preußischen Jahrbücher‘ (PJB) und die konservative ‚Kreuzzeitung‘.

2. ‚Deutscher Drang nach Osten‘

Meine Herren, daß Kolonialpolitik betrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu betreiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie Kolonialpolitik betrieben wird. [...] Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanische sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in edler Absicht und in der richtigen Art und Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind.¹

August Bebel (1906)

Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken [...] ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.²

Alldeutsche Blätter (1894)

Psychologisch gesprochen ist der Unterschied zwischen dem verrücktesten Chauvinismus und diesem völkischen Nationalismus, daß der eine sich immerhin mit der Welt und ihren greifbaren Realitäten beschäftigt [...], während das Völkische selbst in seiner harmlosesten Form [...] sich nach innen richtet und anfängt die menschliche Seele als die ‚Verkörperung allgemeiner Stammeseigenschaften anzusehen; und da die Seele ja offenbar nicht etwas sein kann, was „verkörpert“, findet man seine Aushilfe im „Blut“, in welchem sich offenbar Seele und Körper eine Art Stelldichein geben sollen.³

Hannah Arendt

Untersuchungen zur deutschen Ost- und Besatzungspolitik während des Ersten Weltkrieges berührten, wie eingangs dargestellt, häufig die Frage, welche Funktion und welchen Stellenwert diese im historischen Kontext einnahm. In der Vergangenheit stand dabei oft die Diskussion über Kontinuitäten in der deutschen Geschichte im Osten Europas im Mittelpunkt. Eines der großen Defizite einer solchen, auf sehr lange Entwicklungslinien ausgerichteten Historiografie, die für Betrachtungen des deutschen Kaiserreiches vielfach ausgemacht werden kann, ist ihre Fixierung auf die Konstruktion von Erklärungsmodellen für

1 August Bebel im Deutschen Reichstag, Sitzung des RT vom 1. Dezember 1906, Verhandlungen des RT, Bd. 218, S. 4057; vgl. Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, S. 28.

2 Zit. nach Hering, Konstruierte Nation, S. 49.

3 Arendt, Elemente und Ursprünge 2008, S. 365

die Entstehung des NS-Staates und in der Folge für dessen rassistischen Vernichtungsfeldzug gegenüber Slawen und Juden.⁴ Diese Praxis führte indes immer wieder zu dem Problem, dass sie jene gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Strömungen marginalisierte, die nicht in das Konzept einer unweigerlich auf die Endpunkte 1933, 1939 oder 1941 zulaufenden Geschichtsschreibung passten.⁵ Zahlreiche Arbeiten ließen daher die Annahme zu – wenn auch zum Teil ohne explizite Intention –, dass bereits die Vorbedingungen der deutschen Ost- und Besatzungspolitik zwischen 1914 und 1918 Teil einer historischen Kausalkette waren, deren Ergebnisse faktisch feststanden.⁶ Angenommen wurde ein jahrhundertalter ‚deutscher Drang nach Osten‘⁷, dessen kontinuierliche Steigerung schließlich in Hitlers Lebensraumutopie seinen Höhepunkt fand. Der Erste Weltkrieg wurde damit auf eine Zwischenstation reduziert, die durch ihre Ereignisdichte nur bereits bestehende Tendenzen katalysierte, welche dann in den instabilen Jahren der Weimarer Republik zwischen 1919 und 1933 zur vollen Entfaltung gelangen konnten.

Der deutsche Historiker Thomas Nipperdey widersetzte sich einer solchen teleologischen Sichtweise, indem er anmerkte, dass allein die Ereignisse vom Januar 1933 bei einem möglichen frühen Ableben Hitlers zweifellos so nicht eingetreten wären.⁸ Diese Auffassung schloss gewiss die auch weiterhin mögliche Entstehung eines faschistischen Regimes ohne Hitler nicht aus. Jenseits einer solchen, nur auf den ersten Blick banalen Feststellung durfte freilich auch nach Nipperdey nicht das gegenteilige Extrem gelten, wonach Entscheidungen und Wegmarken weitgehend unabhängig von tieferen Strukturen zu begreifen und damit die Entwicklung, die zur NS-Diktatur führten, nur aus ihrem unmittelbaren zeitlichen Umfeld heraus zu erklären wären. Vielmehr soll daher hier für die Untersuchung der Vorbedingungen deutscher Ost- und Besatzungspolitik die Prämisse im Vordergrund stehen, dass mit größerer zeitlicher Distanz der Untersuchungsgegenstände von dem zu untersuchenden Ereignis Alternativen gründlicher betrachtet, die Relevanz von Entscheidungen und Positionen für ihre unmittelbare Gegenwart bestimmt und die intendierten Wirkzusammenhänge mit zeitlich folgenden Ereignissen auf ihre Belastbarkeit hin untersucht werden müssen;⁹ oder, mit Bernhard Mann gesagt:

4 Neuerdings wird verstärkt auch über die Kontinuitäten zwischen der deutschen Kolonialpraxis in Übersee und hier insbesondere dem Völkermord an den Herero und Nama und den Genozid der Nationalsozialisten diskutiert, siehe hierzu: Zimmerer, Von Windhuk nach Auschwitz?; kritisch dazu: Gründer, Deutscher Kolonialismus.

5 Vgl. Salewski, Weltkrieg, S. 6 f.

6 Zuletzt Smith, Fluchtpunkt, hier besonders: S. 27-54.

7 Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 27.

8 Nipperdey, 1933, S. 88 f.; Möller, Deutscher Sonderweg, S. 162-165; Eley, Wilhelminismus, S. 209-248, insbesondere: S. 209.

9 Vgl. hierzu Herbert, Nationalsozialisten, S. 30f: „Die erst im Vertrag von Versailles einem Großteil der Bevölkerung schockartig zu Bewußtsein gekommene Niederlage hatte zudem in den Augen auch solcher [Bevölkerungsgruppen, KK], die den radikalen Rechten zuvor fern gestanden hatten, deren Hauptaussagen eine gleichsam empirische Validität verliehen. Erst *dies* [Hervorhebung im Original, KK] kennzeichnet den tiefgreifenden Unterschied der deutschen gegenüber der Entwicklung in den Staaten des Westens, wo die ja gleichfalls vorhandenen rechtsextremen Potentiale eben nicht durch die Erfahrung der Niederlage und des Zusammenbruchs ihre umfassende Aufwertung und Bestätigung erhielten. Denn durch die Ereignisse der Nachkriegsjahre, die im Mythos von der Versailler Versklavung ihre Zusammenfassung fand, schienen sich aus dieser Sicht eben nicht die

„Wir gehen [...] von der Voraussetzung aus, daß jedes tatsächlich eingetretene geschichtliche Ereignis und jede geschichtliche Entwicklung die Verwirklichung einer Möglichkeit unter mehreren bedeutet und daß erst die Betrachtung und Beurteilung der tatsächlichen Ereignisse im Rahmen aller Möglichkeiten ein volles und wahres Bild ergibt.“¹⁰

Drei Schritte sollen dazu in den folgenden Abschnitten geleistet werden: Zu Beginn steht die Suche nach der Evolution einer bewussten literarisch-publizistischen Wahrnehmung des Ostens und darin des von deutscher Seite reflektierten Verhältnisses von ‚Deutschen‘ und östlichen Nachbarvölkern. An zweiter Stelle folgt die Betrachtung jenes Prozesses, der eine bewusste Umformulierung der Wahrnehmungen in ein praktisches, zeitlich nach vorne gerichtetes Programm in Form eines ‚neuen deutschen Dranges nach Osten‘ mit sich brachte. Zuletzt erfolgen drittens und viertens Beschreibung und historiografische Kontextualisierung von Wahrnehmung und Programm in der politischen Epoche des Hochimperialismus bis zum Ausbruch des Krieges im Juli 1914 anhand der Modelle ‚Weltpolitik‘ und ‚Lebensraum‘.

2.1. ‚Polnische Wirtschaft‘: Die literarische Wahrnehmung des Ostens 1650–1850

Die Tatsache, dass Deutschland aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas eine besonders enge Beziehung zu Mittel- und Osteuropa unterhielt, kann und soll hier trotz der angeführten Kritik an einer einseitigen *longue durée*-Historiografie nicht zur Disposition gestellt werden. Die Berührungspunkte von Germanen und Slawen von der Zeit der Völkerwanderung über die Ostbewegung von Sachsen, Franken und Bajuwaren, die Eroberung der Ostseeregion durch den Deutschen Orden bis hin zur Konstitution des preußischen Staates zwischen Ostsee, Elbe und Weichsel sind unbestritten. Ebenso wie der seit früher Zeit erfolgte kulturelle und wirtschaftliche Austausch, der zahlreiche ‚Deutsche‘¹¹ bis weit über die Landesgrenzen hinaus nach Osten führte und sie dort zu Teilen der aufnehmenden Gesellschaften machte.¹² Der Historiker Karl Schlögel beschrieb in seinem Buch *Die Mitte liegt ostwärts* eindrucksvoll die daraus resultierende Bedeutung der deutschen Sprache als *lingua franca* in einem Raum, der sich durch seine ethnische und kulturelle Vielschichtigkeit auszeichnete.¹³

Trotz oder vielleicht gerade weil die Verflechtungen zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn sich nicht nur kriegerisch – wie etwa die gewaltsamen Kreuzzüge gegen die Pruzen oder die Niederlage des Deutschritterordens in der ‚Schlacht bei Tannenberg‘

Kategorien von Menschenrechten und Demokratie, wie sie noch von dem amerikanischen Präsidenten Wilson verkündet worden waren, zu bestätigen, sondern die Aussagen der nationalistischen Rechten.“; Leonhard, Frieden, S. 18.

10 Mann, Die baltischen Länder, S. 7.

11 Die Verwendung des Begriffs ‚Deutsche‘ an dieser Stelle ist insofern problematisch, da eine Abgrenzung des Begriffs ‚Deutsche‘ nicht ohne weiteres möglich ist. Gemeint sind in der Folge jene Personen, die sich dem deutschen Sprach- und Kulturraum zugehörig fühlten; vgl. Gelfert, Was ist deutsch?

12 Tu, Die Deutsche Ostsiedlung, S. 16–22.

13 Schlögel, Die Mitte, S. 42.

1410¹⁴ –, sondern über weite Strecken als ebenso intensiv wie befruchtend darstellten, und im Gegensatz zu anderen Konflikte eher wenig Aufsehen erregten,¹⁵ fehlte in den Epochen des Mittelalters und der frühen Neuzeit eine zielgerichtete Reflektion des gegenseitigen Verhältnisses. Erst das 18. Jahrhundert brachte nach Auffassung von Mechthild Keller im Zuge der Spätaufklärung und mit dem Einsetzen der Romantik „eine neue Qualität“¹⁶ in der Wahrnehmung des jeweiligen Anderen mit sich.¹⁷ Dies hing unmittelbar damit zusammen, dass die zu diesem Zeitpunkt aufkeimende Auseinandersetzung über ein philosophisch begründetes ‚Selbstbewusstsein‘ sich nicht nur in der Suche nach individuell-menschlicher, sondern auch nach gemeinschaftlich-staatlicher Identität manifestierte.¹⁸ Ein maßgeblicher Punkt hob jedoch die Beziehungen Deutschlands zum Osten aus diesem allgemeinen Prozess der Abgrenzung und der damit eng verbundenen Frühphase der Staats- und Nationsbildung heraus. Zwischen den Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der polnisch-litauischen Adelsrepublik zog schon der aufklärerische Diskurs eine geografisch-mentale Grenze,¹⁹ die auch unter damaligen Voraussetzungen eindeutig als Novum bezeichnet werden konnte und für die Zukunft nachhaltig Bestand haben sollte: Der deutsche Sprach- und Kulturraum wurde zu Westeuropa, Polen-Litauen und Russland (und die in ihnen zusammengefassten Ethnien) dagegen Osteuropa zugeschlagen.²⁰

Diese Aufteilung kann deshalb als einschneidend bezeichnet werden, weil mit ihr eine deutliche Stereotypenverlagerung einherging. Bis tief in die Frühe Neuzeit hinein war der ‚Osten‘ mit dem Orient, der ‚Westen‘ mit dem Okzident gleichgesetzt.²¹ Das Morgenland begann in dieser Hinsicht in dem von den Osmanen regierten Balkan, erstreckte sich über den Bosphorus nach Anatolien und umfasste von dort die weiten Räume bis nach Mesopotamien, Persien, Indien und China. Die geografischen Bezeichnungen ‚Westen‘ und ‚Osten‘ beinhalteten neben der räumlichen Abgrenzung zwischen den Kontinenten Europa und Asien unterdessen auch den aus der Antike überlieferten, prägenden soziokulturellen Antagonismus von ‚westlicher (später christlicher²²) Zivilisation‘ und ‚östlicher (später islamischer) Barbarei‘.²³

Welche Auswirkungen die nun folgende neue Grenzziehung haben konnte, lässt sich hervorragend am Schicksal des polnisch-litauischen Staates verdeutlichen. Die Adelsrepublik hatte noch 1683 gemeinsam mit der Habsburgermonarchie und einer vereinten europäischen

14 Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 27.

15 Pistohlkors (Hrsg.), *Deutsche Geschichte*, S. 23; Mühlen, *Livland*; Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 106-115 und S. 138-152.

16 Keller, *Kopelew, Von Moskowien zu Rußland*, S. 389 f.

17 Zur spezifischen Reichweite der Untersuchungen für das späte 18. und frühe 19. Jahrhundert: Kopelew, *Einleitung*, S. 33.

18 Liulevicius, *German Myth*, S. 47 f.

19 Die folgende Analyse folgt der Herangehensweise von Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 9; vgl. zur mental-map-Forschung: Schenk, *Mental Maps*.

20 Wolff, *Inventing Eastern Europe*, S. VII; Liulevicius, *German Myth*, S. 49; Schenk, *Mental Maps*, S. 499.

21 Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 15.

22 Zum innerchristlichen Verhältnis zwischen Ostkirche und Westkirche vgl. Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 50 f.

23 Ebenda; zum ‚Barbarendiskurs‘ siehe Münkler, *Imperien*, S. 150.

Koalitionsarmee gegen den Vormarsch des Osmanischen Reiches vor den Toren Wiens gefochten.²⁴ Das polnische Reiterheer unter König Johann III. Sobieski (1629–1696) hatte entscheidenden Anteil am Entsatz der österreichischen Hauptstadt und wurde entsprechend literarisch und bildnerisch verewigt.²⁵ Unter diesen Umständen konnte prominent Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) die Polen noch ohne Bedenken als die „Vormauer der Christenheit“²⁶ bezeichnen und sie wie selbstverständlich dem Lager der westlichen Staatenwelt zurechnen:

„Polen und Deutschland sollten die gleichen Interessen haben und deswegen sich auf einander stützen. Beide Länder, durch ihre politische Verfassung zum Angriff und zur Eroberung unfähig, sollten ein Damm sein gegen alle Weltreichgelüste, Deutschland vorzüglich gegen die Macht Frankreichs, Polen gegen Russland und beide vereint gegen den [...] Erbfeind Europa's [sic!], gegen die Türken.“²⁷

Im Zuge der genannten Neudefinition des ‚Ostens‘ verlor Polen-Litauen dann allerdings binnen weniger Jahrzehnte nicht nur seine räumliche Zuordnung zur westlichen Welt, sondern sank parallel dazu auf der imaginären soziokulturellen Zivilisationsskala massiv ab. In den drei polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts (1772, 1793 und 1795), die natürlich das Produkt vieler unterschiedlicher politischer Faktoren waren, verschwand es schließlich für nahezu eineinhalb Jahrhunderte völlig von der Landkarte. Die Geostereotypisierung ‚Osten‘ verschob sich infolgedessen nach dem Zurückweichen der Osmanen aus dem heutigen Südosten nach Norden und behielt die vorher als kennzeichnend zugewiesenen Merkmale bei.²⁸

Diese geistige Neu- oder besser Um-Definierung der bisher vorliegenden mentalen Landkarten lässt sich neben der erfolgreichen Eindämmung der für den europäischen Geisteszustand lange Zeit prägenden ‚Türkengefahr‘ ferner aus einer zweiten, annähernd parallelen Entwicklung herleiten. Mit dem Russischen Reich erschien in einem langsamen, aber stetigen Prozess ein neuer politischer Spieler am Horizont, der sich bald anschickte, das strukturelle Machtvakuum jenseits des polnisch-litauischen Staates, zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzem Meer, auszufüllen. Allerdings war es dem Großfürstentum Moskau (Moskowiter) erst seit der Mitte des 15. und mit dem Einsetzen des 16. Jahrhunderts endgültig gelungen, sich von der Fremdherrschaft der mongolischen ‚Goldenen Horde‘ zu befreien und damit den Zustand einer langen Phase der innenpolitischen Instabilität zu beenden. Dessen ungeachtet deklarierten die neuen Herrscher in Moskau (Moskwa) schon mit der Zarenkrönung Iwans III. (1462–1505, genannt ‚der Große‘) den Anspruch auf die Anerkennung als ‚Drittes Rom‘ und stellten sich damit – ähnlich wie das Heilige Römische Reich in Westeuropa – in die Tradition des zuvor 1453 untergegangenen Byzantinischen (Oströmischen) Reiches und der griechisch-orthodoxen Ökumene.²⁹

24 Battaglia, Jan Sobieski; Baker, Doppeladler.

25 Wie etwa in dem monumentalen Sobieski-Gemälde von Jerzy Siemiginowski-Eleuter (ca. 1660–1711) von 1686, das den König nach der Schlacht bei Wien porträtierte und heute in der polnischen Nationalgalerie ausgestellt ist.

26 Guerrier, Leibniz S. 4 f.; Keller, Wegbereiter, S. 392.

27 Guerrier, Leibniz, S. 5.

28 Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 34.

29 Kappeler, Russland, S. 28 f. und S. 31.

Trotz dieses bewussten kulturell-religiösen Verbundes mit der orientalischen Kirche wurde das in der Folge immer schneller expandierende Zarenreich geografisch – im Zusammenhang mit den skandinavischen Ländern – bis ins 18. Jahrhundert hinein Nordeuropa zugerechnet. Der Beginn eines Transfers von Türkenbildern nach Russland ereignete sich möglicherweise jedoch genau aus diesem Grund. Beim Vordringen des Großfürstentums nach Westen kam es im zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Livland 1561 zu schweren Kämpfen, deren mediale Verbreitung sich bis nach Deutschland hinein erstreckte. Erstmals wurde öffentlich sichtbar die besondere Grausamkeit der ‚Tartaren‘ angeprangert.³⁰ Der folgenreiche Perspektivenwechsel der Aufklärung wurde jedoch erst durch die endgültige Festsetzung des nunmehr Russischen Reiches³¹ an der Ostsee im Baltikum – im ‚Großen Nordischen Krieg‘ und dem ‚Russisch-Schwedischen Krieg‘ (1700–21/1741–43)³² – einerseits, verbunden mit dem sich zeitlich parallel beschleunigenden Abstieg der Osmanen andererseits, ermöglicht. Leibniz, der sich intensiv mit dem neuen Staat befasste, fand für diesen nur durch Rückgriff auf die bekannten Orient-Stereotypen ein passendes Beschreibungsmerkmal und titulierte die Russen folglich einfach als „doppelte Türken“.³³ Auch wenn sich Leibniz’ Russlandbild nicht zuletzt durch einen später engen Kontakt zu Zar Pjotr I. (1672–1725, genannt ‚der Große‘) sehr zum Positiven wenden sollte und er eine ‚Entbarbarisierung‘ des Landes durchaus für möglich hielt,³⁴ so lassen sich doch bereits bei ihm Grundkonstanten einer die Zukunft bestimmenden Vorstellung vom ‚neuen Osten‘ feststellen. Das eindeutige Merkmal, das im Übrigen sowohl negativ als auch positiv konnotiert sein konnte, war das Zivilisationsgefälle zwischen West und Ost.³⁵

Die sich somit rudimentär abzeichnende Ausbildung eines stilprägenden Osteuropa- bzw. Russlandbildes setzte sich ein halbes Jahrhundert später in den Werken Johann Gottfried Herders (1744–1803) fort. Diese hatten im Unterschied zu den Schriften Leibniz’ das Terrain des reinen Gelehrten Diskurses bereits verlassen und richteten sich an ein breiteres Publikum, woraus sich auf eine weitreichendere Rezeption schließen lässt.³⁶ Herder folgte im *Slawischen Kapitel* seiner *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*³⁷ in gewisser Weise dem durch die Abgrenzung Osteuropas vorgezeichneten Trend und nahm erstmals die innere Einheit des slawischen Volkes über die Grenzen Russlands hinaus an.³⁸ Weiter belegte er die Slawen mit durchaus wohlwollenden Attributen wie Mildtätigkeit und Gastfreundschaft, bemerkte aber auch einen Hang zu Unterwürfigkeit und Gehorsam. Historisch hätten sie eine lange Zeit der Bevormundung und Unterdrückung – vor allem durch deutsche Aggressoren – zu überstehen gehabt, nun aber stünde ihnen eine prosperie-

30 Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 34.

31 Unter der Herrschaft Zar Peters I. wurde begonnen, das noch mittelalterlich strukturierte Großfürstentum Moskau in ein ‚modernes‘ Imperium nach westlichem Vorbild umzubauen. Damit kann erst seit dieser Zeit vom ‚Russischen Reich‘ gesprochen werden, Kappler, *Russland*, S. 24 f.

32 Ebenda, S. 87 f.

33 Guerrier, Leibniz, S. 5; Keller, *Wegbereiter*, S. 393.

34 Ebenda, S. 411.

35 Ebenda, S. 394 f.

36 Liulevicius hob die starke Wirkung auf die nachgeborene Generation hervor, Liulevicius, *German Myth*, S. 58.

37 Herder, *Ideen*.

38 Liulevicius, *German Myth*, S. 58.

rende Zukunft bevor, die allerdings der Aufbauhilfe von außen bedürfe.³⁹ Herder lieferte mit diesen Ausführungen ein Beispiel dafür, dass die Interpretation des natürlich weiterhin vorausgesetzten Zivilisationsgefälles nicht zwangsläufig negative Implikationen hervorrufen musste, sondern die Nähe zur Natur und die angenommene Ursprünglichkeit der Slawen sich durchaus positiv gegenüber Entwicklungen im Westen abheben konnten.⁴⁰

Die Annahme einer daraus erwachsenen russischen oder slawischen Potenz schien sich durch die politischen Ereignisse nach der Jahrhundertwende zu bestätigen. Nachdem fast ganz Europa den Hegemonialfeldzügen Napoleons unterlegen war, stand auf dem Kontinent allein Russland als sprichwörtlicher ‚Fels in der Brandung‘ dem Ansturm der *Grande Armée* entgegen. Schriftsteller wie Ernst Moritz Arndt (1769–1860), aber auch die preußischen Reformer Heinrich vom und zum Stein (1757–1831), August von Gneisenau (1760–1831) und Gerhard von Scharnhorst (1755–1813), waren nach der verheerenden preußischen Niederlage in der Schlacht bei Jena und Auerstedt in russische Dienste getreten. Sie empfanden spätestens seit der 1812 in Tauroggen (Tauragė) besiegelten Waffenbrüderschaft zwischen Berlin und St. Petersburg und dem sich anschließenden Sieg über Frankreich in der Völkerschlacht bei Leipzig große Dankbarkeit und Bewunderung gegenüber Russland.⁴¹ Zahlreiche Deutsche und Russen kamen zu dieser Zeit erstmals in direkte Berührung miteinander und waren davon überzeugt, dass das gemeinsam Erlebte eine „Freundschaft für alle Zeiten“ besiegeln würde.⁴² Der deutsche Nationaldichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) verlieh diesem ausgeprägten Gefühl einen literarischen Ausdruck:

„Nur im Osten kann es tagen, / Und es tagte wunderbar, / Und im Osten war geschlagen
/ Frankreichs sieggewohnte Schar. / Und die Moskowiterhorden / Haben uns das Heil
gebracht / Sind mit uns verbrüdet worden / Durch die deutsche Freiheitsschlacht. / Die
Verbrüderung kann nur fruchten, / Bringt uns Segen immer dar: / Dankbar gehen wir
drum in Juchten, / Essen dankbar Kaviar.“⁴³

Der russische Nationalcharakter wurde nun emphatisch positiv mit Zuordnungen wie „Witz, Scharfsinn, gutes Gedächtnis“⁴⁴ belegt. Selbst die oben beschriebene, mentale Grenze zwischen ‚europäischem Westen‘ und ‚asiatischem Osten‘ schien plötzlich ins Wanken zu geraten. Der Historienmaler Friedrich August Bouterwek (1808–1867) bemerkte:

„Die russische Macht begünstigt den Europäismus überhaupt; und sie verspricht, ihn, wenn er in ihr Inneres eingedrungen seyn [sic!] wird, auch in einen asiatischen Staat, der schon entstehen wird, zu verpflanzen. Auf diese Art können die Russen die allgemeine europäische Cultur [sic!], wie die Römer die griechische, verbreiten. Sie sind also die

39 Herder, *Ideen*, S. 32–34.

40 Tu, *Die Deutsche Ostsiedlung*, S. 30.

41 Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 21 f.; Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 46 f.; ausführlich Botzenhart, *Rußland*, S. 315–350 und Wiegand, Ernst Moritz Arndts nationalistische Vorurteile.

42 Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 14.

43 Zit. nach Pape, *Eispalast*, S. 457; weitere literarische Verarbeitung u.a. von Annette von Droste-Hülshoff, Theodor Körner, Ludwig Uhland und Johann Wolfgang von Goethe bei Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 24–26.

44 Johann Gottfried Richter (1763–1829), zit. n. ebenda, S. 20.

vierte unter den großen Nationen des neunzehnten Jahrhunderts, wenn gleich, nach kosmopolitischer Schätzung, noch eine werdende Nation.“⁴⁵

Unabhängig davon, ob man diese beinahe messianische Funktionszuschreibung für das Zarenreich teilte oder nicht, sahen viele Autoren in der Tradition Leibniz’ und Herders für die zukünftige, eigene Prosperität Russlands Hilfe von außen als zwingend notwendig an. Dies hing damit zusammen, dass man basierend auf dem beschriebenen Zivilisationsgefälle in Vergangenheit und Gegenwart den Deutschen gerne die Rolle des Lehrmeisters zudachte. Stark beeinflusst durch die Romantik und deren übersteigertes Ritter- und Mittelalterideal sowie gleichzeitig auf der Suche nach einer eigenen deutschen Identität, wiesen Schriftsteller wie der preußische Rechtsgelehrte und Historiker Johann Friedrich Reitemeier (1755–1839) dem Deutschen Orden – und in direkter Nachfolge Preußen – eben jene Kulturträger- und Lehrmeisterfunktion für den Osten zu.⁴⁶ In seiner zwischen 1801 und 1805 erschienenen *Geschichte der preußischen Staaten* hob Reitemeier beispielsweise eindeutig das bekannte Postulat eines west-östlichen Kulturtransfers hervor und setzte es darüber hinaus in einen direkten Bezug zu den bereits erbrachten Aufbauleistungen der deutschen Siedlungsbewegungen im Mittelalter. Auch wenn man diesen Ausführungen missionarischen Charakter unterstellen konnte, so richteten sie sich doch zunächst eindeutig nach innen. Die Ostkolonisation Preußens, die zweifellos einen inhärenten Beitrag zu dessen Staatsbildung geleistet hatte,⁴⁷ sollte nun auf die Einigungsbestrebungen der deutschen Nation übertragen werden.⁴⁸ „Die östliche Grenze“, so der Historiker Sebastian Conrad, wurde „ein zentraler Ort der Konstruktion der deutschen Nation.“⁴⁹ Die integrierende Funktion der offenen Siedlungsgrenze, die Reitemeier damit für Preußen und Deutschland annahm, wurde im Übrigen in der Gegenwart von modernen Autoren wie Liulevicius oder Gregor Thum wieder aufgenommen, die für Deutschland im Osten ebenfalls eine ähnliche *Frontier*-Situation ausmachten, wie sie für die USA der ‚Wilde Westen‘ bedeutete.⁵⁰ Festzuhalten bleibt, dass sowohl die mythische Überhöhung des Mittelalters wie auch der Leistungen der Hohenzollernmonarchie von dem Gedanken getragen waren, dass eine deutsche Erneuerung im Osten Europas stattfinden konnte.

Diesen insgesamt eher positiv ausgerichteten Ostbildern standen jedoch auch eindeutig negative Beobachtungen entgegen. Kritisch, ähnlich populär, aber im völligen Gegensatz zu Herder äußerte sich der Romantiker August Wilhelm Schlegel (1767–1845) über die Slawen,

45 Bouterwek, Neues Museum, S. 75.

46 Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 57; Liulevicius, German Myth, S. 59 f.

47 „Für den Ausländer so wie [sic!] für den Landeseingeborenen sind die früheren großen Ereignisse und Revolutionen der jetzigen Preußischen Länder an der Oder und Weichsel allgemein interessant, als die Umbildung der Wenden durch die deutsche Nation, die Vernichtung ihrer Religion, und ihrer Asiatischen Sitten durch das Christenthum [sic!], der Anbau der Deutschen in den dortigen Wildnissen und die Fortschritte der Cultur [sic!] in diesen Ländern; der Kampf zwischen Wenden und Deutschen um die Oberherrschaft in diesen Gegenden, der Fall der Römischen Hierarchie durch die Reformation, und die Grundlegung zu einer Europäischen Macht unter dem Hohenzollerischen Hause.“ Reitemeier, Geschichte der Preußischen Staaten, S. Xf; Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 57; Geiss, Der lange Weg, S. 40 f.

48 Tu, Die Deutsche Ostsiedlung.

49 Conrad, Globalisierung und Nation, S. 130; vgl. Hamann, Prekäre koloniale Ordnung, S. 210.

50 Liulevicius, German Myth, S. 122 f.; Thum, Mythische Landschaften, S. 197.

denen er die Fähigkeit zur Staatsbildung und zu Innovationen absprach. Für ihn konnte der russische Staat nur aufgrund seiner deutschen Oberschicht existieren.⁵¹ Die polnischen Teilungen erschienen als logische Folge einer mangelnden inneren Organisationsfähigkeit der polnisch-litauischen *Rzeczpospolita*.⁵² Schlegel referierte in seiner *Vorlesung über die Encyklopädie* von 1803 über die Polen:

„Die Nation hatte also wirklich keinen Halt in sich selbst, und da die Polnische Sprache [sic!] unter denen Slavischen [sic!] Stammes gewiß gegen die Russische in manchen Vorzügen zurückstehen muß, da in ihr auch keine Schätze Polnischer Literatur aufbewahrt werden, denn es gibt nichts was entfernter Weise dem ähnlich sähe [sic!], so war vielleicht die Abhängigkeit von einer fremden Regierung das einzige Mittel einen anderen Zustand herbeyzuführen [sic!].“⁵³

In der gleichen Stoßrichtung bewertete auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) in seiner *Vorlesung über die Philosophie der Geschichte* die Russen als ein erst spät nach Europa tretendes Volk, das weiterhin „beständig den Zusammenhang mit Asien“ unterhalte.⁵⁴ Hier vermischten sich sichtlich kulturelle Überlegenheitsvorstellungen mit der Suche nach Legitimationsmustern für die auch nach damaligem Verständnis moralisch fragwürdige Okkupation polnischer Gebiete durch Preußen.⁵⁵ In diesem Zuge wurden die Völker Mittel- und Osteuropas nicht nur auf einer niederen Entwicklungsstufe dargestellt, sondern ihnen in gewissen Rahmen die Fähigkeit zur Entwicklung selbst abgesprochen, die folglich von anderen übernommen werden musste.

Diese negative Konnotation galt im Weiteren allerdings auch für Russland, das neben Preußen und Österreich das Terzett der Teilungsmächte komplettierte. Trotz der bis ins 20. Jahrhundert postulierten Interessengemeinschaft in der Polenfrage und der skizzierten Partnerschaft in den Befreiungskriegen, entwickelte sich zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine äußerst kritische Sicht auf den nun direkt angrenzenden östlichen Nachbarn. Bereits nach 1812 wurde durch Kriegsheimkehrer aus dem Osten, die am napoleonischen Moskaufeldzug teilgenommen hatten, und deutsche Bauern, die plündernde und raubende russische Armeeeinheiten erlebt hatten, neben den verklärenden Siegeshymnen⁵⁶ auch ein düsteres Bild von den dortigen Verhältnissen und der Brutalität der „Moskowiter- oder Kosaken-

51 „Sehr taugliche Werkzeuge des Despotismus sind die Russen ohne Zweifel, als ein Volk [sic!] das seit Jahrhunderten dazu gewöhnt, keinen originellen Geist hat, aber Talent genug sich alle Kunstfertigkeiten anzueignen. Selbst die gerühmte Tapferkeit der Russen ist bey [sic!] dem gemeinen Mann nur eine Slaventugend [sic!].“ Jolles, Höltenschmidt (Hrsg.), *Vorlesungen über die Encyklopädie*, S. 258.

52 Körner, *Die Slawen*, S. 565-576; Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 39; Liulevicius, *German Myth*, S. 60 f.

53 Jolles, Höltenschmidt, *Vorlesungen über die Encyklopädie*, S. 250.

54 Hegel, *Vorlesung*, S. 127; die Unterteilung von ‚geschichtlichen‘ und ‚geschichtslosen‘ Völkern und dabei die Klassifizierung Russland als letzteres sollte sich auf die Junghegelianer, vor allem Marx und Engels, auswirken, Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 78.

55 Bezugnehmend auf die moralischen Skrupel der österreichischen Kaiserin Maria Theresia (1717–1780) bei der ersten polnischen Teilung von 1772, kommentierte Friedrich II. (1712–1768) das Verhältnis von Macht und Moral mit der Aussage: „Sie weinte, doch Sie nahm“, zit. n. Volcelka, *Österreichische Geschichte*, S. 62.

56 Siehe oben und Pape, *Russen und Rußland*, S. 289-314, insbesondere: S. 294 f.

horden‘ gezeichnet.⁵⁷ Die anfängliche Hochstimmung in national-liberal gesinnten Kreisen, ausgelöst durch die Hoffnung nach dem Sieg über Frankreich die nationale Einigung vollziehen zu können, wich im Angesicht der Vereinbarungen des Wiener Kongresses von 1815 schnell einer umfassenden Ernüchterung.⁵⁸ Die einsetzende Restauration in Form der Heiligen Allianz, bei der St. Petersburg als maßgebliche Stütze des metternichschen Systems in Mittel- und Osteuropa anzusehen war, konnte wenigstens in konservativen Kreisen gewisse Sympathien auslösen.⁵⁹ Für die überwiegende Mehrheit des politisch aktiven Bürgertums musste Russland hingegen als die Macht erscheinen, die der nationalen und demokratischen Reform entgegenstand.

Dies führte im Umkehrschluss in der Phase zwischen den 1830er Aufständen in Russisch-Polen⁶⁰ und der 1848er Revolution in den deutschen Staaten im liberalen Vormärz zu einer rapiden Verschlechterung des deutschen Russland- und zu einer plötzlichen Aufwertung des Polenbildes. Die gewalttätige Auflösung der polnischen Unabhängigkeitsbewegung wurde zum Symbol für die Unterdrückung des demokratischen Fortschrittes überhaupt und führte zu einer Solidarisierung insbesondere der deutschen Liberalen mit der polnischen Nationalbewegung. Der Blick nach Osten versinnbildlichte die eigenen Sehnsüchte nach einer Einigung der deutschen Nation und fand folgerichtig ihren Höhepunkt in der Forderung nach einer Restitution des polnischen Staates auf dem Hambacher Fest am 27. Mai 1832.⁶¹ Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789–1845), Journalist und einer der Initiatoren der patriotischen Versammlung, formulierte diese Verbindung am Ende in seiner Abschlussrede mit den Worten:

„Es lebe das freie, das eine Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und Selbstständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!“⁶²

Teilweise wurden Polenschwärmerei und Russlandfeindschaft jedoch noch durch eine „abgrundtiefe[n] Verachtung alles Slawischen und des ‚Ostens‘ allgemein“ überlagert.⁶³ Es ist somit nicht verwunderlich, dass neben dem Zuspruch für die Polen auch jene Stimmen hörbar blieben, die eben jenen keine eigene Entwicklungsfähigkeit zubilligen konnten und wollten. Ihren Ausdruck fanden diese Strömungen schließlich auch in der deutschen Nationalversammlung. Entgegen allen bisherigen Forderungen obsiegte in der Frankfurter Paulskirche zuletzt die Neigung, dem eigenen nationalen Prestige Vorrang vor der Berücksichtigung polnischer Wünsche einzuräumen. Die von König Wilhelm IV. im April 1848 zugesagte „nationale Reorganisation Posens“ stieß bei den lokalen deutschen Einwohnern auf starken Widerstand und führte in der Nationalversammlung zu einem letztlich mit großer Mehrheit angenommenen Teilungsplan für die Provinz Posen (Poznan).⁶⁴ Außer-

57 Ebenda, S. 297; Jahn, Deutsche Russlandbilder, S. 17-19.

58 Kopelew, Waffenbrüderschaft, S. 26; Keller, ‚Agent des Zaren‘, S. 119-150.

59 Jahn, Russophilie; vgl. Laqueur, Deutschland, S. 13-21.

60 Kopelew, Waffenbrüderschaft, S. 36.

61 Tu, Die Deutsche Ostsiedlung, S. 52 f.

62 Wirth, Das Nationalfest, S. 41.

63 Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 40.

64 Geiss, Der lange Weg, S. 59 und S. 86.

dem verneinten nun auch viele Liberale die Frage,⁶⁵ ob denn Polen überhaupt in der Lage sei, weiterhin einen Wall zu bilden zwischen der „nordischen Barbarei und der westlichen Bildung [...]“, wie es noch der Abgeordnete Robert Blum (1807–1848) in der deutschen Nationalversammlung formuliert hatte.⁶⁶

Spätestens mit dem Scheitern des gesamtdeutschen Unionsprojektes verflieg auch die Polenbegeisterung schnell. Vielmehr setzte sich nun wieder das skeptische Osteuropa- und Polenbild durch, das besonders in dem äußerst populären Werk *Soll und Haben* (1855) von Gustav Freytag (1816–1895) sichtbar wurde. In einem der meistverkauften deutschsprachigen Romane seiner Zeit subsumierte Freytag unter Verwendung des Klischees von der „polnische[n, KK] Wirtschaft“⁶⁷ – das bereits in der Paulskirche häufiger angeklungen war⁶⁸ – eine ganze Reihe von Stereotypen, nach denen die Polen, insbesondere aber die (Ost-) Juden als ‚unzuverlässig‘ und ‚kulturlos‘ und damit als ‚minderwertiges‘ Volk anzusehen seien. Dem gegenüber stellte er die Leistungen der Deutschen im Osten heraus, die immer stärker als ‚Kulturträger‘ gegenüber den ‚faulen‘, ‚primitiven‘ und ‚dreckigen‘ Polen hervorgehoben wurden.⁶⁹ Freytag erstellte mit diesen Formulierungen noch kein Expansionsprogramm, die frühen Anklänge einer rassistischen Disposition der Völker zeigten aber über den bisherigen Gegensatz zwischen Kultur und Unkultur hinaus in eine neue Epoche der Wahrnehmung.

Neben dem folglich saisonal wechselnden Polenbild blieb vom Zeitpunkt des Scheiterns der liberalen 1848er Revolution eine tiefe Russlandskepsis bestehen, die, je weiter man im politischen Spektrum nach links orientiert war, umso nachdrücklicher ausfiel. Allen voran Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) wurden zu den erbittertesten Gegnern des Zarismus, den sie als Hort der Reaktion und der Unkultur brandmarkten.⁷⁰ So schrieb beispielsweise Engels 1842 in einem ungewöhnlich schmeichelhaften Urteil über Preußen:

„Königsberg in Preußen hat sich seit mehreren Jahren zu einer Bedeutsamkeit erhoben, die für ganz Deutschland erfreulich sein muß. Durch die Bundesakte formell von Deutschland ausgeschlossen, hat sich das deutsche Element dort zusammengerafft und macht Anspruch darauf, als deutsch anerkannt, als Vertreter Deutschlands gegen die Barbarei des slawischen Ostens geachtet zu werden.“⁷¹

Auch Marx' Urteil reihte sich in diese Linie perfekt ein und bediente sich dabei interessanterweise gerade jener historischen Russlandstereotypen, die eine tiefe Verwurzelung der

65 Wippermann, ‚Gesunder Volksegoismus‘.

66 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a.M., S. 1141.

67 Freytag, *Soll und Haben*, S. 291; Orlowski, „Polnische Wirtschaft“, S. 34.

68 „Da mögen die Polen einmal beweisen, daß sie im Stande sind, sich selbst zu regieren. Dort mögen sie nicht bloß ihre lebenswürdigen gesellschaftlichen Eigenschaften zu entwickeln suchen, sondern zeigen, daß auch sie einmal mit ausdauerndem Fleiß sich einen gesunden öconomischen Zustand zu erarbeiten vermögen.“ StBdN II, S. 1151.

69 Ebenda, S. 1148.

70 Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 49–54; ausführlich Fleischer, Marx, S. 684–738; eine Position, die sich bis in die Haltung der Sozialdemokratie während des Weltkrieges fortpflanzen sollte.

71 Engels, *Glossen*, S. 258.

Despotie in der russischen Kultur ausmachten. Die Sklaverei als Erbe der Mongolen und Tartaren habe sich bis in die Gegenwart erhalten und der Auftrag Dschingis Khans, die Erde zu erobern, werde von den Zaren fortgesetzt, so Marx.⁷² Trotz dieses scheinbar engen Nexus‘ zwischen Russentum und Sklaverei verfielen Marx und Engels jedoch nicht in den sich abzeichnenden Trend, den Slawen eine ‚naturgegebene‘ Unfähigkeit zur Entwicklung zu unterstellen. Nach dem Krimkrieg (1853–1856) und der in dessen Folge verordneten Aufhebung der Leibeigenschaft begannen beide sich näher mit Russland zu beschäftigen und zeigten sich beeindruckt vom Anwachsen der dortigen revolutionären Bewegung. Nicht zuletzt das Scheitern aller Revolutionshoffnungen in Deutschland ließ nun sogar die Erwartung reifen, dass nicht vom hochorganisierten Proletariat Westeuropas der gesellschaftliche Umsturz ausgehen würde, sondern vom Russischen Reich.⁷³ Klar zeichnet sich damit auch an diesem Beispiel ab, wie eng Hoffnung und Furcht vor dem Osten in ein und derselben Personengruppe beieinanderliegen konnten.

Freytags Roman und die Propagandaschriften Marx‘ und Engels markierten eine Periode des Übergangs in der Wahrnehmung Osteuropas, die zeitlich für die Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen den 1830er und 1870er Jahren angesetzt werden kann.⁷⁴ Wie gezeigt, bewegten sich die Ost- und Russlandbilder in einer Varianz zwischen positiver und negativer Wahrnehmung und beinhalteten in der Regel die Annahme eines kulturellen Gefälles von West nach Ost. Zugleich begann mit der deutschen Nationalbewegung und der damit verbundenen Romantisierung insbesondere der Deutschordensritter die Reflektion der eigenen Geschichte im Osten Europas. Dies führte ebenso wenig unmittelbar zu einem ‚neuen deutschen Drang nach Osten‘, noch legte es ein einseitiges Osteuropa- oder Slawenbild fest. Die vornehmlich auf Preußen abzielende Glorifizierung der deutschen Ostkolonisation hatte bis dahin nur das Ziel, den bisherigen Besitz zu verteidigen und war noch kein offensives Programm.⁷⁵ Es wurde allerdings auch deutlich, dass das durch historische Rückblicke immer stärker betonte west-östliche Kulturgefälle einerseits und das im wachsende Maße durch Bedrohungsgefühle gekennzeichnete Osteuropabild andererseits, neue Deutungsmöglichkeiten dafür eröffneten, wie sich Deutsche im Osten Europas zukünftig engagieren sollten. Die Wiederaufnahme einer deutschen Ostkolonisation sowohl im Hinblick auf die innere Verfassung Deutschlands als auch auf die Sicherung vor den ‚Moskowiterhorden‘ erschien folglich für manche Zeitgenossen sinnvoll.⁷⁶

Politisch spielten diese Tendenzen jedoch eindeutig eine nachgeordnete Rolle. Die europäische Politik war bestimmt vom ‚Konzert der Mächte‘, das seine Hauptaufgabe darin sah, die Hegemonie eines Staates auf dem Kontinent zu verhindern. Dies galt insbesondere für Russland, das durch die napoleonischen Kriege weit nach Mitteleuropa hinein vorgedrungen war: Neben Finnland im Norden und der Donaumündung im Süden drängte das Zarenreich vor allem durch die hinzugewonnenen polnischen Territorien des Großherzogtums Warschau (Warszawa) und im Baltikum nach Westen. Die Aufgabe einer Eindämmungspolitik übernahmen in der Folgezeit vor allem Großbritannien und Österreich-Ungarn, wobei sich die

72 Rubel (Hrsg.), *Die russische Kommune*, S. 124.

73 Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten*, S. 20.

74 Liulevicius, *German Myth*, S. 71.

75 Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 62.

76 Kopelew, *Waffenbrüderschaft*, S. 78 f.

Habsburgermonarchie zugleich mit der Aufgabe konfrontiert sah, die preußischen Ambitionen im Deutschen Bund unter Kontrolle zu halten.⁷⁷ Die mehrfach gegen die Revolutionswirren der ersten Hälfte des Jahrhunderts neu aufgelegte ‚Heilige Allianz‘ der drei Höfe in St. Petersburg, Berlin und Wien hatte dagegen vor allem eine nach innen gerichtete Stoßrichtung.⁷⁸ Besonders die immer wieder aufflammende polnische Unabhängigkeitsbewegung wurde massiv unterdrückt, ebenso die Ansätze einer liberalen demokratischen Ordnung.⁷⁹ Die Allianz zerbrach schließlich im Krimkrieg, in dem sich das Russische Reich von seinen beiden konservativen Partnern im Stich gelassen fühlte.

Innerhalb des Deutschen Bundes konnte von einer gleichgerichteten Ostpolitik der beiden dominierenden Staaten Österreich und Preußen keine Rede sein. Gemeinsame Kolonisationsprojekte in Mittel- und Osteuropa – fernab klassischer Peuplierungsmaßnahmen – erschienen erst recht jenseits der politischen Realität. Zwischen Wien und Berlin tobte der Konflikt um die Vorherrschaft im Reich, bei der der junge Kaiser Franz Joseph (1830–1916) im Vertrag von Olmütz vom 29. November 1850, auch dank der Rückendeckung durch Zar Nikolaj I. (1796–1855), einen vorläufigen Erfolg über seinen preußischen Konkurrenten Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) erzielen konnte.⁸⁰ Es ist folglich wichtig, die zuletzt beschriebenen Russlandwahrnehmungen als das zu kennzeichnen, was sie bis zu diesem Zeitpunkt waren: Der Auftakt einer stärkeren Rezeption des *Anderen*, deren Einfluss auf die praktische Politik in Bezug auf viele weitere, mitunter als wichtiger empfundene politische Interessenlagen noch mehr als begrenzt war.

2.2. Ein ‚neuer deutscher Drang nach Osten‘ 1850–1900

„Die ‚Deutsche Ostkolonisation‘ ist wie die deutsche Nation von späteren Historikern ‚erfunden‘ und zu einem ‚Mythos‘ gemacht worden“, bemerkte Wolfgang Wippermann in seinem Buch *Die Deutschen und der Osten* treffend.⁸¹ Die Erfindung dieses Mythos war, wie zuletzt deutlich geworden ist, zunächst mit dem Ziel verbunden, einen historisch verbrieften Besitzanspruch auf die Territorien zwischen Warthe und Weichsel zu schaffen. Die polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts sollten gewissermaßen als eine preußisch-deutsche *reconquista* der ehemals dem Deutschen Orden zugehörigen Landstriche wahrgenommen werden. Es handelte sich in der literarischen Verarbeitung von Osteuropabildern also unter anderem um den Versuch einer moralischen Rechtfertigung, um die Suche nach einer Legitimationsbasis für die endgültige Einverleibung der ehemaligen polnischen Provinzen Westpreußen (Pomorskie) und Posen. Zugleich sollte durch die Unabhängigkeit des Ordens vom Reichspartikularismus eine Vorbildfunktion für eine Reichseinigung erzeugt werden. Noch ging es also nicht um die Eröffnung neuer Kolonisationsperspektiven über die Grenzen Preußens hinaus.⁸² Allerdings begannen ab der Mitte des 19. Jahrhundert Autoren über

77 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*; Bd. 2, S. 100.

78 Ebenda, S. 362 f.

79 Ebenda, S. 365.

80 Ebenda, S. 670–673.

81 Wippermann, *Die Deutschen und der Osten*, S. 55.

82 Ebenda, S. 62.

diesen ‚nur‘ konservierenden Horizont hinauszudenken. Dieser Schritt lässt sich sowohl aus der negativen wie aus der positiven Sicht auf den Osten heraus erklären. Während *tabula rasa*-Vorstellungen⁸³ und die durch die Ursprünglichkeit des Ostens angenommene Vitalität⁸⁴ Raum für die Konstruktion neuer, utopischer Gesellschaftsentwürfe boten (die, siehe Marx und Engels, bewusst die westliche Zivilisation kritisierten), legitimierte das Zivilisationsgefälle und die darin inhärent mitgedachten Bedrohungsszenarien von den ‚barbarisch-asiatischen Horden‘ eine ‚Vornewegverteidigung‘ der deutschen Kultur durch einen neu zu entfachenden ‚deutschen Drang nach Osten‘.

Zu beachten ist allerdings, dass die Umpolung der Ordenssymbolik vom Rechtfertigungsparadigma hin zur Zukunftsvision kein singuläres Ereignis war, sondern einen prozesshaften Charakter besaß. Ein gutes Beispiel für diesen Übergang bot der deutsche Lyriker Joseph Freiherr von Eichendorff (1788–1857) mit seiner Schrift *Die Wiederherstellung des Schlosses der deutschen Ordensritter zu Marienburg*. Die Ordensritter symbolisierten für Eichendorff zunächst wie für viele Zeitgenossen eine einheitliche und geschlossene deutsche Formation und demnach ein positives Gegenbeispiel zur der fragmentierten politischen Gemengelage im Heiligen Römischen Reich.⁸⁵ Zusätzlich, in die Gegenwart übertragen, repräsentierten sie den Gegenpol zur weiterhin nur sehr unbefriedigenden Organisationsform des Deutschen Bundes.⁸⁶ Die zivilisatorische Überlegenheit des Ordens zeigte sich für ihn dadurch, dass dieser militärisch, wirtschaftlich und kulturell gegenüber den Völkern des Ostens erfolgreich war.⁸⁷ Die mit zunehmender Dekadenz innerhalb der Ritterschaft begründete Niederlage des Ordens bei Tannenberg im Jahre 1410 – die Eichendorff auch als Mahnung an seine Leserschaft verstanden wissen wollte – sei daher auch der Auftakt für eine lange Periode des Niedergangs in den Ordensprovinzen gewesen.⁸⁸ Der Autor bediente sich bei seiner Beschreibung der nun folgenden Phase, in der das Land durch Polen-Litauen verwaltet wurde, des bereits angeführten plakativen Schlagwortes von der ‚polnischen Wirtschaft‘.⁸⁹ Nach der Zurrückeroberung des Landes durch Preußen müsse nun nicht nur der symbolische Wiederaufbau der Marienburg, sondern die Rekultivierung des ganzen ehemaligen Ordenslandes erfolgen. Ältere kulturelle Überlegenheitsmuster wurden damit tradiert, darüber hinaus aber auch in ein praktisches, zukunftsorientiertes Kolonisationsprogramm überführt. Die in der literarischen Wahrnehmung immer weiter gepflegten romantischen Topoi trafen jedoch in der Realität auf ein eigentlich völlig entgegengesetztes, sich rasch wandelndes wirtschaftliches, kulturelles und soziales Umfeld.

Spätestens seit Mitte der 1840er Jahren hatte die Industrielle Revolution in Deutschland voll eingesetzt.⁹⁰ Sie begleiteten zahlreiche gesellschaftliche und kulturelle Verwerfungen wie Landflucht und Urbanisierung, steigende räumliche und soziale Mobilität (Vagabun-

83 Groh, *Russlandbild*, S. 32 f.

84 Liulevicius, *German Myth*, S. 62.

85 Eichendorff, *Die Wiederherstellung*, S. 6 f.; Liulevicius, *German Myth*, S. 77 f.

86 Eine ausführliche Beschreibung zur Entstehung und Struktur des Deutschen Bundes bietet Müller, *Der Deutsche Bund*.

87 Eichendorff, *Die Wiederherstellung*, S. 3.

88 Ebenda, S. 41 f.

89 Ebenda, S. 45 f.

90 Hahn, *Die industrielle Revolution*, S. 24–29.

dentum, Obdachlose usw.), Verelendung und Wertewandel (Säkularisierung),⁹¹ kurz: Die deutsche Gesellschaft befand sich inmitten einer Phase des Umbruchs, die von den Zeitgenossen zunehmend reflektiert und mitunter kritisch bewertet wurde. Bei vielen wuchs der Wunsch, den sich scheinbar unaufhaltsam beschleunigenden Modernisierungsprozess⁹² zumindest in geordnete Bahnen zu lenken.⁹³ Die Entstehung der Volkswirtschaftslehre, zu diesem Zeitpunkt noch Nationalökonomie genannt, als Verbindung von privatwirtschaftlichem und staatlichem Handeln, unter anderem aus den Lehren des britischen Moralphilosophen Adam Smith (1723–1790), war daher nur eine der logischen Konsequenzen. Sie begründete den Versuch, der Politik jenseits eines umfassenden Staatsdirigismus merkantilistischer Art Steuerungsinstrumente an die Hand zu geben, die langfristige Prosperität sicherstellen konnten. Mit der zunehmenden Rationalisierung der Produktionsmittel und dem großflächigen Aufbau von Fabriken auf dem Kontinent verbreitete sich auch hier der Bedarf an ökonomischem Fachwissen und erreichte schließlich auch die deutschen Staaten.⁹⁴

In Zeiten, in denen der wirtschaftliche Nutzen verstärkt die Basis politischer Handlungen bildete, war es nicht verwunderlich, dass einer der Pioniere der deutschen Nationalökonomie, der Augsburger Wirtschaftstheoretiker Friedrich List (1789–1846), die erste Verbindung von Ostkolonisation und Wirtschaftspolitik herstellte.⁹⁵ Im Gegensatz zu Eichendorff stand hier indes klar ein rationales Kalkül und nicht die Ordensmystik im Mittelpunkt. Ritter und Burgen sucht man daher in Lists Werk *Das nationale System der politischen Ökonomie* vergeblich. Für ihn waren die zukünftige wirtschaftliche Prosperität eines Landes und der in ihm lebenden Menschen vielmehr unmittelbar abhängig von den geografischen Bedingungen, mit denen es sich konfrontiert sah. List hob damit früher als viele andere Autoren aus der Gruppe der sogenannten ‚Geopolitiker‘ wie Friedrich Ratzel⁹⁶ (1844–1904) oder später Halford Mackinder⁹⁷ (1861–1947) und Karl Haushofer⁹⁸ (1869–1945) die Bedeutung der Bodengegebenheiten und der damit verbundenen Ressourcenvorkommen für die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft hervor. Um die nötigen Rohstoffe für den wachsenden industriellen Sektor sicherzustellen, aber auch die eigenständige Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes und damit den bisher dominierenden Agrarsektor zu erhalten, sah List zwei mögliche Zukunftsstrategien: Entweder musste man den Erwerb überseeischer Kolo-

91 Conrad, Globalisierung und Nation, S. 90-96.

92 Zur Begriffsdefinition von ‚Modernisierung‘ siehe Bavaj, Ambivalenz der Moderne, S. 8-10.

93 Adam Tooze erinnerte daher zurecht daran, dass die Sowjets Ludendorff und Walter Rathenau (1867–1922) im Anschluss an den Ersten Weltkrieg als „Großmeister der organisierten Moderne“ betrachteten und ebenfalls den Pfad der gelenkten Modernisierung dem des Laissez-faire vorzogen, Tooze, Sintflut, S. 635.

94 Hahn, Die industrielle Revolution, S. 88-98.

95 Liulevicius, German Myth, S. 80.

96 „Der Raum im Geiste der Völker. Die Größen der Räume, in die hinein wir politisch denken und planen, hängt von dem Raume ab, in dem wir leben. Deswegen gibt es kleine und große Raumauffassungen, und wächst die Raumauffassung oder geht mit dem Raum zurück, in dem wir leben. Der große Raum fordert zu kühner Ausbreitung auf, der kleine verleitet zu zaghafter Zusammendrängung. Jeder mißt an der Freiheit der Bewegung und der Weite der Ausnützung die Größe des Raumes, und die Kraft des geistigen Auges wächst damit oder geht damit zurück. Und so in der Summe das Volk.“ Ratzel, Politische Geographie, S. 369.

97 Mackinder, The Geographical Pivot.

98 Haushofer, Bausteine.

nien forcieren oder aber, und hier legte er seinen Schwerpunkt, die Expansion in Mittel- und Osteuropa vorantreiben. Dort gab es einerseits Raum für Ansiedlungsprojekte, andererseits reiche, bisher ungenutzte Bodenschätze. List erklärte:

„Gleiche Politik wäre in Beziehung auf den Orient, die europäische Türkei und die unteren Donauländer zu befolgen. Deutschland hat ein unermeßliches Interesse dabei, daß in diesen Ländern Sicherheit und Ordnung Bestand gewinne, und in keiner Richtung wie in dieser ist die Auswanderung der Deutschen so leicht zu effectuieren [sic!] von den Individuen und so vortheilhaft [sic!] für die Nation.“⁹⁹

Neben den Überlegungen zur Ressourcenfrage zeigte sich folglich schon bei List im Zusammenhang mit den Kolonisationsbestrebungen eine weitere, durch die Industrialisierung hervorgerufene Problemstellung: Die durch den Strukturwandel häufig erzeugte Begleiterscheinung einer Verelendung der Stadt- und Landbevölkerung führte in der Folge Jahr für Jahr zu immer größeren Auswanderungsströmen, die vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika mündeten.¹⁰⁰ Insgesamt kehrten zwischen 1841 und 1871 ca. 2,47 Millionen Deutsche ihrer Heimat den Rücken. Von diesen wiederum zog es über 90 Prozent nach Übersee in die USA.¹⁰¹ Dieser nicht zu ignorierende Aderlass an ‚Humanressourcen‘ ließ neben List zahlreiche Autoren die Idee formulieren, Migrationsbewegungen nun ebenso wie andere Wirtschaftsprozesse staatlich zu steuern. Die Auswanderungswilligen sollten dem Gemeinwesen erhalten bleiben und entweder in eigene Überseekolonien, wie etwa von Johann J. Sturz (1800–1877) und Constantin Frantz (1817–1891) für die La Plata-Region in Südamerika gefordert¹⁰² (was freilich für das zu diesem Zeitpunkt noch nicht geeinte Deutschland keine kurzfristig realisierbare Alternative darstellte), umgelenkt oder im direkten Umfeld, in Mittel- und Osteuropa angesiedelt werden. Da es sich bei den ins Auge gefassten Gebieten ja keineswegs um eine *terra incognita*, wie es beispielsweise der afrikanische Kontinent im Kolonialdiskurs noch weitgehend darstellte, sondern um seit Jahrhunderten bekannte europäische Territorien handelte, bot sich der historische Rückgriff auf die deutsche Ostkolonisation erneut als eine moralische Legitimationsbasis dieser eigentlich ökonomisch begründeten Forderung an.

Beispielhaft für den einsetzenden Trend, wirtschaftliche Motive in Mittel- und Osteuropa mit historischen Rückgriffen zu flankieren, können Gustav Höfken (1811–1889), großdeutsch orientierter Mitarbeiter der ‚Augsburger Allgemeinen Zeitung‘, und der Hannoveraner Nationalökonom Wilhelm Roscher (1817–1894) angeführt werden. Höfken forderte unter Berufung auf die ökonomischen und kulturellen Leistungen des Deutschen Ordens im Mittelalter,¹⁰³ aber auch auf die Infrastruktur- und Peuplierungsmaßnahmen der Frühen Neuzeit, etwa die Friedrichs II. in Brandenburg und Ostpreußen sowie Maria Theresias und

99 List, Das nationale System, S. 583.

100 „Was hilft es der deutschen Nation wenn die nach Nordamerika Auswandernden noch so glücklich werden ihre Persönlichkeit geht der deutschen Nationalität für immer verloren und auch von ihrer materiellen Production [sic!] sind nur unbedeutende Früchte für Deutschland zu erwarten.“ Ebenda, S. 580.

101 Rürup, Deutschland, S. 30.

102 Sturz, Frantz, Neu-Deutschland, S. 3, S. 17 und S. 21 f.

103 Höfken, Deutsche Auswanderung, S. 13.

ihres Sohnes Josephs II. an der unteren Donau,¹⁰⁴ eine Fortsetzung bzw. eine Reaktivierung der deutschen Ostsiedlung. Der „immer mächtiger [sic, KK] ergießende Strom der Auswanderung“ müsse sich „wieder nach [...] Osten wenden“ erklärte Höfken. Deutsche und österreichische Intelligenz und Kapital hätten die Aufgabe „den urkräftigen Boden der östlichen Länder zu schwunghafter Blüte emporheben [zu, KK] helfen.“¹⁰⁵ Ganz ähnlich äußerte sich auch Roscher, der sich in seinen Ausführungen auf die Vorarbeit von List berief, anders als Höfken aber noch stärker die von Preußen zu leistende Arbeit in den Ostprovinzen herausstrich:

„Ganz anders könnte sich die Sache verhalten, wenn der Strom deutscher Auswanderungen nach unsern östlichen Nachbarländern geleitet würde [sic!]; d. h. also nach den fruchtbaren, aber dünn bevölkerten Theilen [sic!] Ungarns, nach den polnischen Provinzen von Oesterreich und Preußen, endlich nach denjenigen Theilen [sic!] der Türkei, welche in Zukunft, so Gott will, das Erbe Deutschlands bilden sollen, Moldau und Wallachei [sic!], Bulgarien und der Nordküste Kleinasien. [...]. Hier könnte auf dem Weg friedlicher Eroberung ein neues Deutschland entstehen, das an Größe, Volkszahl und Reichthum [sic!] das alte Deutschland sogar überträfe, das zugleich wider jede Art von Russengefahr, Panslavismus etc. das sicherste Bollwerk bildete.“¹⁰⁶

Bei aller Prägnanz der hier geäußerten Vorstellungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Höfken und Roscher ihre Ideen in ein politisches Umfeld hinein formulierten, in dem ein gemeinsames Kolonisationsprojekt der beiden deutschen Großmächte keinesfalls selbstverständlich war. Im Gegenteil musste die überwiegende Mehrheit der preußisch-kleindeutsch orientierten Publizisten ein Zusammengehen mit Österreich, etwa auf dem Balkan, strikt ablehnen. Zu sehr dominierte hier der deutsche Dualismus das Denken.¹⁰⁷ Dessen ungeachtet fanden insbesondere jene Teile der Roscherschen Ausführungen, die eine stärkere Einbindung der polnischen Landesteile Preußens favorisierten, durchaus Anklang und darüber hinaus auch einen praktischen politischen Widerpart. So forcierte der Oberpräsident der Provinz Posen, Eduard von Flottwell (1786–1861), in etwa zeitgleich die vollständige Germanisierung der preußischen Teilungsgebiete. Allerdings richtete sich diese noch weniger auf eine deutsche Ansiedlungspolitik denn auf eine Schwächung des polnischen Nationalbewusstseins zugunsten einer Assimilation der Polen im preußischen Staat.¹⁰⁸ Während hier der Grundgedanke, gegenüber der Krone loyale Staatsbürger zu erzeugen, sich durchaus noch in den Bahnen traditioneller preußischer Integrationspolitik bewegte,¹⁰⁹ ließen die gegen die polnische Kultur gerichteten Maßnahmen bereits einen Wandel im Umgang mit den nichtdeutschen Elementen der Monarchie erahnen.

104 Ebenda, S. 127.

105 Ebenda, S. 4.

106 Aus Wilhelm Roschers Aufsatz „Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung“ (1848), in: Opitz (Hrsg.), Europastrategien, S. 75; interessanterweise findet sich auch hier wieder ein Amerikabezug: „Dieses Land könnte nationalökonomisch ganz ähnlich von uns benutzt werden, wie das Mississippthal [sic!] und der fernere Westen von den Vereinigten Staaten, insbesondere auch was die faktische Ausschließlichkeit der Benutzung anbetrifft [...]“. Ebenda.

107 Wippermann, Die Deutschen und der Osten, S. 64.

108 Tu, Die deutsche Ostsiedlung, S. 56 f.

109 Siehe dazu Baumgart (Hrsg.), Expansion.

Neben den wirtschaftlichen und kulturellen Begründungsmustern deutete sich darüber hinaus ein dritter Faktor an, der ein Engagement in Mittel- und Osteuropa legitimieren konnte. Im Jahr 1859 präsentierte der britische Naturforscher Charles Darwin (1809–1882) die Ergebnisse seiner weltumspannenden Erkundungsreisen in seiner Studie *The Origins of Species*¹¹⁰. Seine Theorie über den Selektionsprozess in der Natur kann und muss in wissenschaftshistorischer Sicht als eine Zäsur betrachtet werden, die bis in die Gegenwart hinein die Grundlage der modernen Evolutionsbiologie bildet. Ambivalent wirkte sich unterdessen aus, dass schon Darwin selbst seine Forschungsergebnisse nicht nur auf Flora und Fauna beschränkt wissen wollte, sondern auch der ‚Spezies Mensch‘ unterstellte, sich in einem kontinuierlichen Konkurrenzkampf untereinander zu befinden.¹¹¹ So wie sich in der Natur nur die robusteste Pflanze oder das stärkste Tier durchsetzen könnten, so überlebten auch im Kampf der Völker und Nationen nur jene, die über die besten genetischen Anlagen verfügten. Politisch folgte im Sinne des auf dieser Theorie aufbauenden ‚Sozialdarwinismus‘ die fatale Implikation, dass nur wenige starke Großreiche sich behaupten und kleinere, schwächere Völker auf kurz oder lang verdrängt werden würden.¹¹² Diese, auch an bis dato gültigen, völkerrechtlichen Maßstäben gemessene, revolutionäre Sicht auf die internationale Politik wurde bald von Autoren auf das deutsch-russisch-polnische, oder aber, in rassistischen Kategorien gedacht, auf das germanisch-slawische Verhältnis übertragen.¹¹³

Dies zeigte sich etwa bei dem weit über den Wissenschaftsbetrieb hinaus populären Berliner Historiker Heinrich von Treitschke (1834–1896). In einem 1862 veröffentlichten Essay *Das deutsche Ordensland Preußen*¹¹⁴ griff Treitschke zunächst vermeintlich nur bereits bekannte Stereotypen vom Kultur- und Zivilisationsgefälle zwischen Deutschen und ihren östlichen Nachbarn wieder auf. Wie schon zuvor Leibniz, Herder und Reitemeier verwandte er das Bild vom Deutschritterorden und der Hanse als Kulturträger und Lehrmeister für den barbarischen Osten.¹¹⁵ Treitschke ging nun aber über seine Vorgänger hinaus. Indem er die Ostkolonisation nicht nur als einen Prozess des Bevölkerungs- und Wissenstransfers betrachtete, sondern als „schonungslose Racenkämpfe [sic!]“¹¹⁶ bezeichnete, veränderte er, wiederum in Anlehnung an Darwin, die bisher gültigen Parameter grundlegend.¹¹⁷ Mit der Einbeziehung des Rassegedankens verließ Treitschke, neben Autoren wie Arthur de Gobineau (1816–1882) und Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), den humanistischen Konsens der Aufklärung und ebenso die Grundlagen der christlichen Lehre, die beide den universalen Menschen und seine geistige und moralische Entwicklungsfähigkeit zum Ausgangspunkt hatten. Wo nämlich genetische Dispositionen den Menschen determinierten,

110 Erste deutsche Ausgabe: Darwin, Entstehung der Arten.

111 Wehler, Sozialdarwinismus, S. 136 f.

112 Neitzel, Weltmacht oder Untergang, S. 82.

113 Kienemann, Blick, S. 240.

114 Treitschke, Das deutsche Ordensland.

115 Ebenda, S. 110 und S. 151.

116 Ebenda, S. 96.

117 Gleich Roscher und List sah Treitschke die Chance, im Osten ein ‚Neues Deutschland‘ aufzubauen und diese Kolonie, ähnlich wieder in einem direkten Vergleich zur *Frontier*-Situation der USA oder Spaniens in Südamerika, zum Ausgangspunkt einer deutschen Erneuerungsbewegung zu machen, Ebenda, S. 109 f.; vgl. auch die Beurteilung des polnischen Nationalcharakters bei Sybel, Geschichte, S. 172 f.

hatten weder rationale Aufklärung noch christliche Mission eine Chance.¹¹⁸ Sofort wird der Unterschied zu den zweifellos rigiden Maßnahmen Flottwells deutlich, der zwar die polnische Sprache und Kultur bekämpft, nicht aber ‚den Polen‘ an sich als Ziel eines ‚Rassenkampfes‘ im Visier hatte. Auf dieser Linie urteilte hingegen Chamberlain in seinem Buch *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts* über die Slawen:

„[...] die Anthropologie löst das Rätsel, denn sie zeigt uns [...], dass weitaus die Mehrzahl der heutigen Slawen durch Vermischung mit anderen Menschenrassen die physischen Merkmale ihrer alten Germanen identischen Ahnen eingebüsst hat – damit zugleich natürlich die moralischen. Und trotzdem bergen diese Völker noch so viel germanisches Blut, dass sie einen der grossen civilisatorischen [sic!] Faktoren der fortschreitenden Weltbewältigung durch Europa ausmachen. Allerdings überschreitet man bei Eydtikhunen eine traurig sichtbare Grenze, und der Saum der deutschen Kulturarbeit, der sich an der Ostsee entlang zieht, sowie jene tausend Stellen im Innern Russland's [sic!], wo die selbe Kraft reiner Rasse dem erstaunten Reisenden plötzlich entgegentritt, macht den Kontrast nur um so greifbarer.“¹¹⁹

Die auch gegenüber Treitschke noch einmal deutlich schärfer formulierten Thesen Chamberlains wurden keinesfalls kritiklos hingenommen; im Gegenteil führten sie vielfach zu massivem Widerstand von Parteien, Kirchen und humanistisch orientierten Verbänden.¹²⁰ Gleichwohl bildete sich fortan in einem nicht unerheblichen Teil der jungen Generation preußisch-deutscher Publizisten die Überzeugung von einem ‚natürlichen‘ Zivilisationsgefälle zwischen Germanen und Slawen aus, das zwangsläufig Auswirkungen auf die Definition des gegenseitigen Verhältnisses haben musste. Dies galt umso mehr für jene Orte, an denen beide Volksgruppen zusammenlebten, wie etwa in den preußischen Ostprovinzen oder den Ländern der böhmischen Krone in der Habsburgermonarchie. Durch die mit der Industrialisierung verbundene Erhöhung der räumlichen Mobilität (Eisenbahnbau) und die ihr folgenden inneren Wanderungsbewegungen wurde dieses Problem verschärft.

Eine ebenso logische wie skrupellose Antwort auf die damit anvisierte Gefahr einer ‚rassischen Durchdringung‘ des deutschen Volkes durch die Slawen gab der Berliner Kulturphilosoph und bekennende Antisemit Paul de Lagarde (1827–1891). Schon 1853 erhob dieser Forderungen nach einer räumlichen Separation der Völker Mittel- und Osteuropas und strich dabei in bisher ungekannter Deutlichkeit das Instrument der Vertreibung – unter der verharmlosenden Bezeichnung ‚Umsiedlung‘ – als die dazu notwendigerweise einzuleitende Maßnahme heraus.¹²¹ Zugleich beschränkte er seine Forderungen nicht nur auf

118 „Die Konsequenz ist, daß Rassismus zwangsläufig mit der Strategie der Ausgrenzung verknüpft ist. Sind die entsprechenden Bedingungen erfüllt, so lautet das Gebot des Rassismus, ist die anstößige Gruppe aus dem Territorium der Gruppe, die sich gestört fühlt, zu entfernen. Ist das nicht realisierbar, fordert der Rassismus die Vernichtung der anstößigen Gruppe. Vernichtung und Vertreibung sind gegeneinander austauschbare Formen der Ausgrenzung.“ Baumann, Ambivalenz, S. 80; zu Treitschke siehe auch: Hamann, Prekäre koloniale Ordnung, S. 98 f. und S. 118.

119 Chamberlain, *Die Grundlagen*, S. 701.

120 Trotzdem verbreiteten sich Teile der Argumentation auch über das völkische Milieu hinaus, Neitzel, *Weltmacht oder Untergang*, S. 83 f.

121 Mommsen, Paul de Lagarde, S. 20; dass diese Vorgehensweise längst nicht nur nach außen,

die polnischen Teilungsgebiete, sondern leitete als einer der ersten Autoren aus dem der Rassenlehre entlehnten Superioritätsanspruch heraus ein konkretes deutsches Recht zur Ostexpansion über die bisherigen Grenzen Preußens und der Habsburgermonarchie hinaus ab. Lagardes erstes Ziel, wie er es in seiner Schrift *Über die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches* formulierte, war ein deutsches Mitteleuropa, das „im Westen von Luxemburg bis Belfort, im Osten von Memel bis zum alten Gotenlande am Schwarzen Meer [...]“ und im Süden bis Triest reichen sollte.¹²² Um dieses abzusichern, müsse aber weiterhin Russisch-Polen an dieses Mitteleuropa angeschlossen werden, um die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zu schützen.¹²³ Angewendet auf diese vorwiegend polnisch und jüdisch bewohnten Gebiete, mussten sich Lagardes Separationsgedanken zu einem monumentalen Programm ethnischer Flurbereinigung ausweiten. Hier zeigt sich auch die Brückenfunktion Lagardes im Diskurs über einen neuen ‚deutschen Drang nach Osten‘: Neben der inneren Kolonisation und dem Handelskonflikt stand nun auch die gewaltsame militärische Expansion zur Durchsetzung ‚deutscher‘ Kolonisationsbestrebungen in Mittel- und Osteuropa offen zur Disposition, die, konsequent zu Ende gedacht, in der Vertreibung oder Vernichtung des Gegners enden musste.

Bevor solche radikalen Strömungen allerdings größeren Zulauf erhielten, sollte eine der primären Forderungen in der zeitgenössischen Literatur zur deutschen Ostkolonisation in Erfüllung gehen, allerdings nicht in der Form eines Mitteleuropa dominierenden, Großdeutschen Reiches: Zwischen 1866 und 1871 gelang es unter der diplomatischen Führung des preußischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzlers Otto von Bismarck (1815–1898) sowie mit Hilfe von militärischen Erfolgen gegenüber Österreich-Ungarn und Frankreich, aus den Territorien der Hohenzollernmonarchie, dem seit 1866 bestehenden ‚Norddeutschen Bund‘ und den verbliebenen Süddeutschen Staaten Bayern, Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt das Deutsche Reich zu gründen.¹²⁴ Mit der Kaiserproklamation Wilhelms I. (1797–1888) im Spiegelsaal von Versailles war der Traum der (kleindeutschen) Nationalbewegung Wirklichkeit geworden – auch wenn dies nicht, wie in der Revolution von 1848/49 angestrebt, durch einen Akt des souveränen Volkswillens von unten, sondern in erster Linie durch die militärische Leistung der preußischen Armee und in einer dynastischen Willensbekundung von oben geschehen war.

Dass sich die Gelegenheit zu einer solch tiefgreifenden Umstrukturierung der Verhältnisse in Deutschland überhaupt bot, hing wiederum eng mit der politischen Situation in Mittel- und Osteuropa zusammen. Geschwächt durch den Krimkrieg und nach zahlreichen Reformen in einer Phase der inneren Konsolidierung, zeigte sich das Russische Reich an den Vorgängen in Mitteleuropa weitergehend desinteressiert, sofern es dort nicht zu einer grundsätzlichen Verschiebung der Machtbalance kommen würde.¹²⁵ Zugleich hatte die Nie-

also auf die ‚minderwertige‘ Volksgruppe der Slawen, sondern sich auch auf vermeintliche asoziale Gruppen nach innen gerichtet werden konnte, zeigte der Jurist Felix Friedrich Bruck (1843–1911), der genau diese Umsiedlungen auch für ‚schädliche‘ Elemente im deutsche Volk angewendet sehen wollten, Bruck, Deportation.

122 Lagarde, *Über die gegenwärtige Lage*, S. 86; vgl. Neitzel, *Weltmacht oder Untergang*, S. 118 f.

123 Lagarde, *Über die gegenwärtige Lage*, S. 70–72.

124 Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich*, S. 14–22; Ullrich, *Die nervöse Großmacht*, S. 19–26.

125 Beyrau, *Der deutsche Komplex*, S. 65 f.

derlage der Habsburgermonarchie im Deutschen Krieg bei Königgrätz am 3. Juli 1866 innerhalb der Territorien des ehemaligen Deutschen Bundes für klare Verhältnisse gesorgt: Die Schaffung eines großdeutschen Nationalstaates schien ausgeschlossen, der Weg für eine kleindeutsche, preußisch dominierte Alternative war hingegen weit geöffnet worden.

Daraus folgte jedoch auch, dass der vor allem großdeutsch inspirierte Gedanke einer gemeinsamen deutschen Ostkolonisation, wie ihn sich einige der vorher genannten Autoren vorstellten, weiter fernab der politischen Agenda firmierte.¹²⁶ Nicht ein militärischer West-Ost-Konflikt, sondern vielmehr die vergleichsweise guten Beziehungen zwischen Preußen und dem Zarenreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten folglich die Schaffung des deutschen Nationalstaates.¹²⁷ So stieg, nicht zuletzt bedingt durch die wohlwollende Haltung der russischen Regierung, während der Einigungskriege neben den ökonomischen Fragestellungen auch wieder ein kulturelles Interesse an russischer Literatur, Musik und Malerei.¹²⁸ So schrieb Peter Jahn in seiner Arbeit zu den deutschen Russlandbildern:

„Neugier auf fremde exotische Landschaften, Bauten, Kostüme und Lebensverhältnisse charakterisierten zuerst einmal die Darstellung Russlands in den folgenden Jahrzehnten. Eine starke Zunahme illustrierter Darstellungen dank der neuen Drucktechniken, ob in illustrierten Zeitschriften oder in voluminösen Prachtbänden, öffnete auch dem Kleinbürger die ferne Welt und ließen fremde Völker näher rücken. Dabei nahm der große Nachbar Russland [...] einen wichtigen Platz ein, die großen Entfernungen, das extreme Klima und die vielen verschiedenen Völker boten der Fantasie genug Stoff. Später übernahm auch die Werbewelt diese Bilder, nicht nur in der Werbung für russischen Tee.“¹²⁹

Als einer der herausragenden Lyriker seiner Zeit bereiste Rainer Maria Rilke (1875–1926) Russland und die Ukraine und unterstrich in seinen Erzählungen wieder einmal die je nach Standpunkt mögliche Deutungsvielfalt in Bezug auf den Osten, indem er Menschen und Orte als ursprüngliches, von der westlichen Zivilisation verschontes, „verheißungsvolles ‚Land der Zukunft‘, jedoch nicht ohne ‚barbarischen‘ Anklang“ pries, so die Literaturwissenschaftlerin Adrianna Hlukhovich.¹³⁰ Desgleichen lässt Thomas Mann den Protagonisten seiner mit autobiografischen Zügen versehenen Novelle *Tonio Kröger* von der „anbetungswürdige[n] russische[n] Literatur“ und deren „Heiligkeit“ schwärmen.¹³¹ Einen plastischen Eindruck über die damit auch an breitere Bevölkerungsschichten vermittelten Stereotype gewinnt man bei einem kurzen Blick in den *Baedeker Russland. Handbuch für Reisen* von 1897, der in großer Auflage erschien und dem Anspruch nach objektiv die Situation für den Besucher schildern wollte:

„Die Großrussen sind im allgemeinen ein derber Menschenschlag von auffallend gedrun- genem, muskulösen Körperbau, kurzem Hals, starkem Nacken, breiten Schultern und kurzen Beinen; im Gegensatz hierzu stehen wohlgeformte Hände und Füße. Neigung

126 Müller, *Der deutsche Bund*, S. 45-49.

127 Siehe dazu Fleischhauer, *Bismarcks Rußlandpolitik*.

128 Kopelew, *Einleitung*, S. 37 f.

129 Jahn, *Deutsche Russlandbilder*, S. 24.

130 Hlukhovich, *Poetik*, S. 37 f.

131 Mann, *Tonio Kröger*, S. 33.

zu Fettleibigkeit findet sich namentlich bei den Frauen. Das Gesicht mit der kleinen Nase, den roten Wangen, blauen oder braunen Augen und dem lockigen Bart bekundet im allgemeinen Ernst und Gutmütigkeit, auch Verschlagenheit; das Haar ist meist hell. Der gemeine Russe läßt den Bart wachsen und trägt nur das Haupthaar geschoren. Der Gang und jede Körperbewegung wird [sic!] mit einer charakteristischen Schnelligkeit ausgeführt, zeigt jedoch große Gewandtheit und viel Grazie. Fast dieselben Grundzüge findet man verfeinert beim weiblichen Geschlecht, nur vermißt man bei diesem oft die schönen Zähne, durch die sich die Männer auszeichnen, eine Folge des massenhaften Genusses von Süßigkeiten.“¹³²

Besonders in der ‚populären‘ Literatur blieben damit die älteren, vor allem auf den kulturellen Superioritätsanspruch gemünzten Bilder vorherrschend, deren Doppeldeutigkeit zwischen Abneigung und Faszination, zwischen „phobischer Abwehr und emphatischer Zuwendung“¹³³ bereits eingehend dargestellt wurden. Das Koordinatensystem der deutschen Ostpolitik blieb darüber hinaus auch in der sich anschließenden Epoche der bismarckschen Reichskanzlerschaft eindeutig dominiert von den dynastischen Interessen der Hohenzollernmonarchie, die nun bestrebt sein musste, den äußeren Reichseinigungsprozess nun auch im Inneren fortzusetzen. In dieser Hinsicht galt es vor allem, die katholischen süddeutschen Staaten und die immer selbstbewusster auftretende Arbeiterklasse in den neu geschaffenen Nationalstaat zu integrieren, ohne dabei die grundsätzliche Vorherrschaft der Monarchie aufs Spiel zu setzen.¹³⁴ Koloniale Ostfantasien mit dem Ziel eines ‚neuen deutschen Dranges nach Osten‘, wie sie etwa von Lagarde vorgetragen wurden, fanden zweifellos ihr Publikum, die politische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik dominierten sie deshalb aber noch lange nicht.¹³⁵ Bismarcks Ausspruch von der ‚Saturiertheit‘ Deutschlands war daher keineswegs eine hohle Phrase, sondern durchaus ernst gemeint.¹³⁶ Er wirkte in den kommenden Jahren bestimmend auch auf die Beziehungen zum Russischen Reich, die elementarer Bestandteil der kontinentalorientierten Politik des Reichskanzlers wurde.¹³⁷

Unter dieser Prämisse gestalteten sich die Verbindungen zwischen den drei konservativen, monarchisch regierten Großmächten in Mittel- und Osteuropa – Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn – zunächst entgegen allen Kassandrarufen vor einer ‚slawischen Gefahr‘ eher positiv. Das weiterhin bestehende Interesse, zum einen die demokratischen Bestrebungen im Inneren zu unterdrücken bzw. zu kontrollieren, zum anderen die polnischen Unabhängigkeitsbewegungen in Westpreußen, Russisch-Polen und Galizien in Schach zu halten, führte 1873 zum Abschluss des deutsch-österreichisch-ungarischen-russischen

132 Baedeker, Russland.

133 Koenen, Russland-Komplex, S. 9.

134 Ullmann, Politik, S. 10-18.

135 Vgl. Kopelew, Einleitung, S. 37.

136 Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 2 f.; die von Fischer vorgetragene Vermutung, dass schon unter Bismarck die Idee eines Krieges gegen Russland virulent gewesen sei, wurde von Fritz Epstein mit dem nachvollziehbaren Argument widerlegt, dass der Reichskanzler sich ohne Frage der russischen Stärke bewusst war und allein aus dieser Perspektive heraus einen Krieg gegen das Zarenreich ablehnte, Epstein, Der Komplex, S. 145; vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 87.

137 Vgl. Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 23.

Dreikaiserabkommens.¹³⁸ Den Gemeinsamkeiten standen jedoch bald immer mehr Konflikte, vor allem zwischen Wien und St. Petersburg auf dem Balkan, entgegen. Der Zerfallsprozess des Osmanischen Reiches führte zu schweren Auseinandersetzungen um die Aufteilung des ‚Kranken Mannes am Bosphorus‘. Diese brachen 1878 auf dem Berliner Kongress, im Anschluss an den russisch-türkischen Krieg von 1877, offen aus.¹³⁹ Das Zarenreich fühlte sich insbesondere von Bismarck, der in seiner Selbstdefinition als ‚ehrlicher Makler‘ den Konflikt zu entspannen suchte, massiv übervorteilt. Trotzdem gelang es, das kurzfristig sogar ausgesetzte Bündnis 1881 mit dem Dreikaiserbund noch einmal neu aufzusetzen.¹⁴⁰

Spannungen auf dem Balkan (Bulgarien-Krise 1885/86) führten schließlich jedoch zum endgültigen Bruch, der nur noch durch den von Bismarck heimlich zwischen Deutschland und Russland eingefädelten Rückversicherungsvertrag von 1887 aufgefangen werden konnte. Doch die Inkonsequenz des Vertragswerkes (der teilweise zu Lasten des offiziellen Partners Österreich-Ungarn ging) ließ die Nachfolger Bismarcks in der Reichskanzlei und im Auswärtigen Amt zu der Überzeugung gelangen, dass das vom ‚Eisernen Kanzler‘ geschaffene außenpolitische ‚System der Aushilfen‘ dauerhaft nicht ohne Schaden für das Reich zu handhaben war.¹⁴¹ 1890 lief der deutsch-russische Vertrag aus, ohne dass Bismarcks Nachfolger im Amt des Reichskanzlers, Leo von Caprivi (1831–1899), die vom russischen Außenminister Nikolay Karlovich de Girs (1821–1895) dringend gewünschte Anschlussvereinbarung gezeichnet hatte.¹⁴²

Dieser Ausfall des östlichen Bündnispartners blieb freilich nicht ohne Auswirkungen auf den 1879 zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich gegründeten ‚Zweibund‘¹⁴³, der später durch den Beitritt Italiens zum ‚Dreibund‘ erweitert wurde¹⁴⁴. Fortan unter dem Eindruck einer realen oder gefühlten ‚Einkreisung‘, waren Wien und Berlin in der europäischen Politik nun immer stärker aneinander gebunden. Dies führte nicht zuletzt dazu, dass die latenten österreichisch-russischen Spannungen in Südosteuropa ebenso verstärkt auf das Deutsche Reich einwirkten. Erschwerend kam hinzu, dass die slawischen Teile der Habsburgermonarchie, wie etwa Böhmen oder Bosnien, zu einem stetigen Aktionsfeld panslawistischer Agitationen wurde. Umgekehrt wuchsen die bis zu dieser Stelle vorgestellten, in der Regel noch auf einen Expertendiskurs beschränkten Begehrlichkeiten in Richtung auf die deutschen Minderheiten in Südosteuropa und im Baltikum, in das Zentrum der politischen Debatten des Kaiserreiches hinein.

138 Ebenda, S. 28.

139 Ebenda, S. 51–56.

140 Ebenda, S. 70–74.

141 Ebenda, S. 118–123 und S. 159 f.

142 Auf russischer Seite nutzte man die Gelegenheit, nun Frankreich, das bereits in den Jahren zuvor verstärkt als Hauptfinanzier der russischen Modernisierungspolitik aufgetreten war, als neuen Partner zu gewinnen. Im Januar 1894 trat eine Vereinbarung in Kraft, die die bereits durch informelle Annäherungen und eine Militärkonvention vorbereitete Fühlungnahme besiegelte; siehe dazu Schneider, Die deutsche Rußlandpolitik.

143 Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 57–64.

144 Ebenda, S. 74–79.

2.3. ‚Ein Platz an der Sonne‘: Pangermanismus oder Wirtschaftsexpansion in Mittel- und Osteuropa? 1900–1914

Drei große Stränge hatten die deutsche Sicht auf Mittel- und Osteuropa bis zur Reichsgründung 1871 beeinflusst: erstens die traditionelle Annahme eines west-östlichen Kulturgefälles, zweitens die ökonomischen Forderungen nach der Erschließung von Ressourcenquellen und Absatzmärkten sowie damit eng verknüpft die Möglichkeit einer aktiven Bevölkerungspolitik und zuletzt drittens die Kulmination dieser beiden Stränge in der Proklamation eines ‚Rassenkampfes‘ zwischen Germanen und Slawen. Jede der drei Varianten konnte, unabhängig von zweifellos vorhandenen Wechselwirkungen, für sich stehen. Außerdem setzten weder die Idee eines Zivilisationsrückstandes noch der Gedanke einer ökonomischen Entwicklungsfähigkeit Mittel- und Osteuropas ein negatives Bild vom Osten oder damit einhergehende Gewaltvorstellungen zwangsläufig voraus; die Idee eines Rassenkampfes hingegen in der Regel schon. Wichtig festzuhalten ist, dass weder die volkstümlichen Russlandbilder noch die zuletzt umfangreichere, im wissenschaftlichen Umfeld geschaffene Literatur zur ökonomisch begründeten deutschen Ostkolonisation zunächst einen direkten Niederschlag in der, zumindest bis zum Abgang Bismarcks sehr russlandfreundlich ausgerichteten, deutschen Ostpolitik fanden.

Der mit der Ressourcenfrage und der Bevölkerungspolitik eng verknüpfte Modernisierungsprozess erlebte nun allerdings durch die Reichsgründung einen massiven Schub. Das Wirtschaftswachstum, nur durch eine relativ kurze Rezession unterbrochen (Gründerkrach¹⁴⁵), erreichte in einer Phase der Hochkonjunktur seit Beginn der 1890er Jahre ungekannte Höhen. Die Parallelität von großem Modernisierungsoptimismus und tiefer Skepsis verschärfte sich, wie es der Historiker Gerd Koenen beschrieb, in „kollektiven Hypochondrien“, die eine tiefe Unsicherheit über den eigenen Erfolg ausdrückten.¹⁴⁶ Dabei blieben die bereits von List, Roscher oder Treitschke aufgeworfenen Fragen aktuell: Wie würde es gelingen, das Deutsche Reich zum einen aus wirtschaftlicher, zum anderen aus soziokultureller Sicht gegenüber seinen Nachbarn zu behaupten,¹⁴⁷ darüber hinaus aber auch den inneren gesellschaftlichen Wandel in Bahnen zu lenken, die einen Konflikt verhindern konnten?

Eine zunehmend populäre Antwort auf diese Frage war schon in den Arbeiten Lagar-des angeklungen: Expansion! Hinter diesem auf den ersten Blick eindeutigen Schlagwort konnten sich im gesellschaftlichen Diskurs zwei sehr unterschiedliche Stoßrichtungen verbergen. In Kreisen des liberalen Bürgertums, im Handel und in der verarbeitenden Industrie wurden die Globalisierung der Märkte und die mit ihr verbundenen Chancen grundsätzlich positiv aufgenommen. Exportorientierte Firmen oder große Banken hatten ein Interesse daran, möglichst weltweit ihre Produkte abzusetzen bzw. Zugang zu den örtlichen Kapitalmärkten zu erhalten. Expansion bedeutete hier also ökonomische Penetration anderer

145 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3, S. 871.

146 Koenen, Russland-Komplex, S. 47; Fischer, Krieg der Illusionen, S. 64; Smith, Weltpolitik und Lebensraum, S. 42; dazu ausführlich Stern, Kulturpessimismus.

147 „Das dritte und letzte Axiom der Weltreichslehre war die vermeintliche ökonomische Bedrohung aufgrund der besonderen wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches, die es gegenüber der Konkurrenz der Riesenreiche besonders anfällig machte.“ Neitzel, Weltmacht oder Untergang, S. 87. Deutschland, so Neitzel weiter, war bedingt durch seine Rohstoffabhängigkeit bei gleichzeitigem Export auf offene Weltmärkte angewiesen, ebenda.

Länder und ihrer Einwohner. Innenpolitisch mussten diese Gruppen auf Traditionen wenig Rücksicht nehmen. Im Gegenteil zerstörten gerade die modernen Großbetriebe gewachsene dörfliche Strukturen und trugen zu Säkularisierung und Wertewandel bei. Sie standen also an der Spitze des Modernisierungsprozesses. Der radikale Umsturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems musste daher durch eine aktive Sozialpolitik verhindert werden. Mit der Blickrichtung Mittel- und Osteuropa setzte diese Orientierung daher – ähnlich wie bei dem in der Bevölkerung weitaus populäreren überseeischen Imperialismus – auf eine liberale Handelspolitik und den Gedanken einer *mission civilisatrice*¹⁴⁸. Wenig interessiert an der restriktiven Zollpolitik der Agrarier sah man insbesondere Russland, aber auch Südosteuropa und die Türkei als boomende Absatzmärkte, die es für deutsche Produkte zu öffnen galt. Ein ‚neuer deutscher Drang nach Osten‘ im Sinne einer bäuerlichen Siedlungspolitik stieß hingegen auf wenig Interesse.

Völlig anders stellte sich die Situation für den noch immer bedeutsamen Agrarsektor und das Kleinbürgertum dar. Während im Kleingewerbe und im Handwerk die fortschreitende Rationalisierung von Arbeitsschritten in Großbetrieben zu einer zunehmend prekären sozialen Lage und einer antimodernistischen Haltung führte, erzeugte der massenhafte Import günstigen Getreides durch neue Schiffs- (USA) und Bahnpassagen (Russland), in der Landwirtschaft starke Abwehrreaktionen. Das Damoklesschwert des sozialen Abstieges ins Proletariat entwickelte sich fortan bei beiden Gruppen zu einem ständigen Begleiter.¹⁴⁹ Darüber hinaus bedrohten die Partizipationsforderungen der immer selbstbewussteren Arbeiterklasse – wie etwa nach der Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes – die feudalen Vorrechte des Junkertums. Expansion bedeutete daher in diesen Kreisen weniger globales Engagement als die Schaffung von Räumen, die ökonomisch den Bedingungen des Weltmarktes trotzen konnten.¹⁵⁰ Zugleich sollte nach innen der kulturelle Wandel zumindest gebremst und damit die eigene, gefährdete Stellung im gesellschaftlichen System abgesichert werden.¹⁵¹ Ganz in diesem Sinne schrieb etwa der General der Kavallerie, Konstantin Freiherr von Gelbsattel (1854–1932), an den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes (ADV), Heinrich von Claß (1868–1953), dass es eine „conditio sine qua non“ des kommenden Krieges sei, die Hälfte der Deutschen wieder zu Bauern zu machen.¹⁵²

148 Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, S. 47.

149 Nipperdey, 1933, S. 97.

150 Trotz der in vieler Hinsicht gegen die Auswirkungen der Modernisierung gerichteten Stoßrichtung insbesondere der völkischen Imperialisten, kann diese nicht *durchweg* als ‚anti-modern‘ bezeichnet werden. Dies zeigte beispielsweise die enge Verbindung der Alldeutschen mit der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie. Vielmehr ging es laut Rainer Hering um eine „alternative Moderne“ die, wie Smith es ausgedrückte, bestimmte soziale Folgekosten vermeiden wollte, Hering, Konstruierte Nation, S. 14; Smith, Weltpolitik und Lebensraum, S. 41.

151 Geiss schrieb zu den gegensätzlich wirkenden Kräften in Deutschland: „Zu den latenten Bruchlinien im inneren Deutschlands gehört die strukturelle Spannung zwischen dem überwiegend agrarischen Osten als sozialer Basis für die meist konservativen ostelbischen Junker (= niederer Landadel) Preußens und dem sich industrialisierenden Westen als Basis für das sich liberalisierende Bürgertum und die überwiegend sozialdemokratische Industriearbeiterschaft. Die innere Strukturgrenze verlief seit der frühen Neuzeit ungefähr entlang der Elbe, einer älteren europäischen Strukturgrenze.“ Geiss, Der lange Weg, S. 118.

152 Konstantin Freiherr von Gelbsattel an Heinrich von Claß, Juli 1914, zit. n. Peters, Der Alldeutsche Verband, S. 30 f.

Nun gestaltete es sich freilich schwierig, diesen Sozialkonservatismus allein mit gruppenegoistischen Motiven zu vertreten. Ein Vehikel, um die genannten Interessen trotzdem durchzusetzen, war die Übertragung des eigenen Bedrohungsszenarios auf die gesamte deutsche Nation. Dies konnte unter anderem dadurch gelingen, dass im Gegensatz etwa zu Großbritannien, Frankreich oder – mit Einschränkungen – Italien¹⁵³ die für den Nationalstaat konstituierende Einheit von Staatsvolk und Staatsterritorium mit der Reichsgründung nicht hergestellt worden war.¹⁵⁴ Weder die Deutschösterreicher noch die zahlreichen, über Mittel- und Osteuropa verstreuten deutschen Siedlungsinselfen waren Teil des bismarckschen Nationalstaates geworden. Diese Gruppen boten sich nun im doppelten Sinne für eine Propaganda in eigener Sache an: Zum einen befanden sie sich unter nationalistischen Gesichtspunkten ebenfalls in einer akuten Bedrohungssituation (Assimilationsdruck, Konflikte mit den sie umgebenden Völkern usw.), zum anderen bevölkerten sie Regionen, die bisher größtenteils der Industrialisierung entgangen waren und im Sinne der oben angeführten *tabula rasa* gesellschaftlichen Utopien als Projektionsfläche dienen konnten. Es bestand also die Aussicht, sowohl ökonomische wie kulturelle Refugien zu schaffen. Dass diese Räume nicht menschenleer waren, störte nicht, da ja sowohl die Kulturträgerthese als auch der Sozialdarwinismus Rechtfertigungsmuster für eine deutsche Herrschaft boten. Die Reaktivierung des ‚deutschen Dranges nach Osten‘ gab das dazu passende historisch-romantische Schlagwort.

So wie die Preußen und der Deutsche Orden in der Literatur vor 1871 für die Einheit des (liberalen) Nationalstaates Pate stehen mussten, so sollte nun eine neue Ostkolonisation die Grundlage für die Schaffung eines *alle* Deutschen umfassenden Reiches bilden. Die Ordensgesellschaft eignete sich hierbei nicht nur als Symbol der Einheit, sondern zugleich als Gegenentwurf zum liberalen Verfassungsstaat. Preußen, bisher in einem Atemzug mit den Einigungsbestrebungen genannt, verlor dabei seine integrative Funktion. Einerseits hatte es in der Vergangenheit durch die Schaffung des kleindeutschen Reiches die darin gesetzten Hoffnungen einer Vereinigung aller Deutschen nicht erfüllen können, andererseits war es in der Gegenwart trotz, oder vielleicht gerade wegen seines nach wie vor starken wertkonservativen Elementes, aus seiner Staatsethik heraus nicht in der Lage, eine ethnisch motivierte Politik zu vollziehen.¹⁵⁵ Lagarde kritisierte daher auch, dass die geforderten Neusiedler im Osten, „sobald sie nur der Atmosphäre der preußischen, in alles sich mischende gensd‘armes [sic!] und der liberalen neudeutsch-jüdischen, ihren Denken ersparenden und das eigene Sehen unmöglich machenden Zeitungsschreiber entrückt“¹⁵⁶ seien, endlich die ‚Leistungen‘¹⁵⁷ ihrer angelsächsischen Vorbilder im Bereich des Siedlungskolonialismus erzielen würden. Wichtig seien weiter, so Lagarde, ausreichender Boden für die Neuansiedlung an Österreichs

153 Siehe hierzu u.a. Afflerbach, *Der Dreibund*, S. 40 f.

154 Arendt, *Elemente und Ursprünge* 2008, S. 221.

155 Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der völkischen Bewegung, dass sie in ihrer Staatsfeindlichkeit Preußen, seinen Adel und den trotz allem Konservatismus damit verbundenen Gleichheitsgrundsatz gegenüber allen Staatsbürgern ablehnen konnte, später aber genau mit diesem ein Bündnis gegen den deutschen Staat einging.

156 Lagarde, *Über die gegenwärtige Lage*, S. 85.

157 Mit ‚Leistungen‘ bezog sich Lagarde zweifellos auf die Besiedlung des amerikanischen Kontinents und die rücksichtslosen Vertreibungen der indigenen Bevölkerung.

Ostgrenze. Der eigentlich innere Konflikt um die zukünftige Existenz bestimmter sozialer Gruppen wurde also kurzum auf das „Sein oder Nichtsein“¹⁵⁸ der Deutschen übertragen.

Konkretisiert wurden solche Ideen zunächst in der Habsburgermonarchie, wo zum einen die Deutschösterreicher die größte zusammenhängende Volkseinheit außerhalb des bismarckschen Nationalstaates bildeten, zum anderen der Konflikt mit anderen Ethnien um wirtschaftliche und politische Vorrechte beinahe täglich real zu erleben war. Der bisher vor allem literarisch geführte Ostkolonisationsdiskurs fiel hier folglich auf besonders fruchtbaren politischen Boden. Georg von Schönerer (1842–1921), Gutsbesitzer und Wiener Reichsrat, gilt als Gründungsvater der Organisation, die den Gedanken einer deutschen Ostkolonisation in Zukunft an vorderster Front mit vertreten sollte: der ‚Alldeutschen Vereinigung‘,¹⁵⁹ die kurze Zeit später als Alldeutscher Verband auch im Deutschen Reich Fuß fassen sollte. Schönerer richtete, wie etwa der nur unwesentlich später in Preußen aktiv werdende ‚Ostmarkenverein‘ (Hakatischen)¹⁶⁰, sein Augenmerk zunächst noch eindeutig auf die innere Kolonisation. Ein Ansatz, der im österreichischen Vielvölkerstaat bei einem deutschen Bevölkerungsanteil von circa 23 Prozent und seinen großen, von Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowaken, Serben, Kroaten und Slowenen besiedelten Territorien noch weit vielversprechendere Aussichten lieferte, als die eher bescheidene Siedlungspolitik in den vergleichsweise kleinen, von Polen bewohnten Teilen Westpreußens oder Posens. Hier, im Deutschen Reich, machten die Polen nur etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Neben der Förderung deutscher Bauernsiedlungen übernahm Schönerer die bereits von List und Roscher formulierte Idee, wenn schon nicht einen gemeinsamen deutschen Staat, so doch zumindest eine mitteleuropäische Zollunion zu errichten. Als Hauptgegner dieses Schutz- und Trutzbündnisses nahm er eindeutig die Slawen ins Visier und forderte daher eine klare wirtschaftliche Ostexpansion, die besonders auf der Balkanhalbinsel ansetzen sollte.¹⁶¹

Blieben hinter der verklausulierten Forderung Schönerers von einer ‚wirtschaftlichen Ostexpansion‘ des Zollbündnisses immer noch Deutungsmöglichkeiten möglich, die den Austragungsort der Rivalität vornehmlich im ökonomischen Bereich verorteten, so legten andere Autoren bald mit radikaleren Aussagen nach. Der Berliner Philosoph Eduard von Hartmann (1842–1906) verlangte in seinem Artikel *Der Rückgang des Deutschthums* zwar noch kein Expansionsprogramm gegenüber Russland, er richtete aber eine klare Drohung an Zar Alexander III. (1845–1894) und dessen Russifizierungspolitik im Baltikum: Sollte es dort zum „Ausrotten“ der deutschstämmigen Bevölkerung kommen, werde man die gleichen Methoden auch in den von Slawen besiedelten Gebieten Deutschlands anwenden.¹⁶² Die

158 Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, S. 24; vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 64.

159 Gegründet 1891 als Alldeutsche Vereinigung, siehe dazu Walkenhorst, Nation, S. 321.

160 Die ‚Hakatischen‘ nach den Anfangsbuchstaben der Gründerväter (Ferdinand von Hanseemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann-Seeheim) traten offensiv für eine deutsche Ansiedlungspolitik und die Entpolonisierung der Ostgebiete des Reiches ein, Winkler, Der lange Weg, Bd. 1, S. 277; diese Forderungen wurden zumindest in Teilen von der Reichsregierung umgesetzt, die unter anderem 1886 das ‚Reichsansiedlungsgesetz‘ erließ, das die Ansiedlung ethnisch deutscher Bevölkerung in den Teilungsgebieten fördern sollte, Conrad, Globalisierung und Nation, S. 137.

161 Fünf Reden, S. 9 f.

162 Aus den politischen Aufsätzen Eduard von Hartmanns, 2. Aus dem Aufsatz: Der Rückgang des Deutschthums (1885), in: Opitz (Hrsg.), Europastrategien, S. 92.

gewaltsame Vertreibung oder Vernichtung ethnischer Minderheiten hielt auf diesem Wege erneut Einzug in die Debatte. Zugleich rückten nun neben der inneren Kolonisation auch die verstreut in Mittel- und Osteuropa lebenden Deutschen – wie etwa an der Ostsee, der Wolga, am Schwarzen Meer oder in Wolhynien¹⁶³ – stärker in den Fokus pangermanischer Zielsetzungen.¹⁶⁴ Gefördert wurde diese Entwicklung durch eine große Emigrationswelle aus dem Baltikum, die Folge der aus deutschbaltischer Sicht immer repressiver gegen die eigenen kulturellen und politischen Vorrechte agierenden russischen Politik war.¹⁶⁵

Erheblichen Einfluss auf die deutsche Mittel- und Osteuropawahrnehmung gewann unter diesen Umständen der in Reval (Tallinn) geborene Historiker und Publizist Theodor Schiemann (1847–1921). Auf dem Höhepunkt der Russifizierungspolitik an baltischen Schulen und Universitäten 1887 von Dorpat (Tartu) nach Deutschland übergesiedelt, wurde Schiemann in Berlin von Heinrich von Treitschke ‚entdeckt‘ und fortan als dessen Schützling umfangreich gefördert. Der bereits 1874 in Göttingen promovierte Schirren-Schüler¹⁶⁶ Schiemann fand zunächst eine Anstellung im preußischen Geheimen Staatsarchiv, wechselte später an die Friedrich-Wilhelm-Universität, habilitierte sich dort und übernahm 1892 eine außerordentliche Professur für das ‚Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde‘, dessen erster Direktor er 1902 wurde.¹⁶⁷ Dort erwarb er sich einen Ruf als ausgewiesener Osteuropaexperte und konnte, vor allem über seine seit 1892 bestehende publizistische Tätigkeit für die konservative ‚Kreuzzeitung‘, seine Popularität auch über den Wissenschaftsbetrieb hinaus ausbauen. Nicht zuletzt diese Position trug dazu bei, dass Schiemann bald sogar zu einem Intimus Kaiser Wilhelms II. (1849–1941) avancierte und dessen Osteuropabild nachdrücklich mitprägte.¹⁶⁸

In Schiemanns mitunter ambivalenter Russlandwahrnehmung rangierte das Zarenreich auf einer Skala zwischen der Bewertung als gefährlichem Machtstaat mit dem Hang zu ‚brutaler Autokratie‘¹⁶⁹ und einem nach innen morschen ‚Koloss auf tönernen Füßen‘¹⁷⁰. Insbesondere das mangelnde Rechtsgefühl und damit korrespondierend die eher ‚orientalische‘ denn ‚europäische‘ Ausrichtung des Landes ließen es aus seiner Sicht nicht als Partner in Frage kommen.¹⁷¹ Diese ja bekanntlich nicht ungewöhnliche Sicht auf den Osten, die zwischen Furcht und Überlegenheit changierte, wurde nicht zuletzt durch Schiemanns Wirken in der deutschen Bevölkerung verankert. Da sich Schiemann schon aufgrund seiner herausgehobenen Position an der Universität einen überzogenen Verbalradikalismus im

163 Siehe u.a. Neutatz, Die ‚Deutsche Frage‘; Pistohlkors, Baltische Länder; Stricker (Hrsg.), Deutsche Geschichte.

164 Siehe dazu u.a. Breuer, Die Völkischen.

165 Trotz der zunehmenden Resonanz, die solche Ideen erzeugten, waren die Alldeutschen um 1900 noch immer ein politisches Randphänomen. Hinzu kam, dass nicht allein der kontinentale Imperialismus die Agenda des Verbandes beherrschte, sondern, unter dem Eindruck der seit 1897 vom neuen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Alfred von Tirpitz (1849–1930), eingeleiteten Flottenpolitik, vielmehr der Wunsch nach überseeischen Kolonien dominierte.

166 Carl Schirren (1826–1910) war ebenfalls Balte und Schiemanns Vorbild im Kampf gegen die Russifizierung. Angermann, Vorlesungen, S. 213–226.

167 Burleigh, Germany, S. 13 f.

168 Meyer, Schiemann, S. 9 f.; Hiden, Defender, S. 39; Koenen, Russland-Komplex, S. 41.

169 Fischer, Krieg der Illusionen, S. 80.

170 Burleigh, Germany, S. 18; Neitzel, Weltmacht oder Untergang, S. 113.

171 Meyer, Schiemann, S. 90 und S. 100.

Sinne Schönerers oder Hartmanns nicht leisten konnte, fielen seine Äußerungen zur deutschen Rolle in Mittel- und Osteuropa entweder subtiler aus oder aber sie wurden unter seinem Pseudonym ‚Vindex‘ verfasst. Protegiert durch seinen Tarnnamen, schloss sich auch Schiemann in seiner Schrift *Deutschland und die Weltpolitik* der Forderung nach einer mitteleuropäischen Zollunion an. Weiter ging er von einer längerfristigen Feindschaft zwischen dem deutsch-österreichisch-italienischen Dreibund und der französisch-russischen Entente aus; eine Diskussion der polnischen Frage über die preußischen Ostprovinzen hinaus, wie sie Lagarde bereits thematisiert hatte, hielt er nur in einem deutsch-russischen Krieg für möglich, den er zwar nicht wie dieser direkt ins Kalkül mit einbezog, ihn aber auch nicht ausschloss.¹⁷² Letztlich, so Schiemanns Losung (die er im Übrigen mit dem Kaiser teilte), müsse es Deutschlands Aufgabe sein, den Blick Russlands fort aus Europa, hin nach Asien zu wenden.¹⁷³

Auf einer ähnlichen Linie wie Schiemann bewegte sich auch dessen Historikerkollege Hans Delbrück (1848–1929), der zusammen mit Treitschke die liberal-konservativen ‚Preußischen Jahrbücher‘ (PrJbb) herausgab. In dem von ihm vorgelegten Plan (ebenfalls unter einem Pseudonym in seinem Artikel *Politische Träumereien* niedergeschrieben) zur Neuordnung Mittel- und Osteuropas stach zunächst eine scheinbar konziliantere Haltung gegenüber Russland ins Auge. Im Gegensatz zu Schiemann wollte Delbrück dem Zarenreich zunächst nicht nur etwas wegnehmen, sondern bot sogar an, dem Land seinen lang gehegten Traum von Kleinasien, inklusive der Herrschaft über den Bosphorus und Konstantinopel, zu erfüllen.¹⁷⁴ Freilich war das Angebot an Russland keine selbstlose Gabe, sondern auf der anderen Seite mit klaren Ansprüchen verbunden. Der Zar wurde aufgefordert, als Kompensationsleistung Russisch-Polen an Österreich-Ungarn und das Baltikum an das Deutsche Reich abzutreten. Delbrück hielt insbesondere den letzten Schritt für zwingend notwendig, denn die von der Russifizierung bedrohten baltischen Länder seien „als Besitzthum [sic!] des deutschen Ordens [...], auch einmal zum Deutschen Reich gerechnet worden“.¹⁷⁵ Der konfliktreiche Balkan könne durch die Schaffung von Kleinstaaten neutralisiert werden.¹⁷⁶ Die von Delbrück offensichtlich erkannte Problematik der vorgestellten Agenda, dass St. Petersburg, im Falle der vollständigen Realisierung seines Planes, als russische Hauptstadt nur wenige Kilometer von der Reichsgrenze entfernt liegen würde, entkräftete er wie Schiemann mit dem Hinweis, dass nach der Öffnung Russlands nach Westen unter Pjotr I. nun die Blickrichtung nach Süden bzw. Osten gewendet werden müsse.¹⁷⁷ Die Vorschläge Delbrücks waren – bei aller Bereitschaft zu Ausgleichsgeschäften – also keineswegs weniger ambitioniert.

Betrachtet man die in ihrem machtpolitischen Output sehr ähnlich gelagerten Forderungen Schönerers und Hartmanns auf der einen und Schiemanns und Delbrücks auf der anderen Seite, so fällt auf, dass diese sich weniger in ihren konkreten Zielobjekten von-

172 Schiemann, *Deutschland*, S. 113.

173 Ebenda, S. 114 f.

174 Delbrück, *Politische Träumereien*, S. 4; zu den Ursprüngen der russischen Türkeipolitik unter Katharina II. siehe Müller, *Russische Außenpolitik*, S. 576–623.

175 Delbrück, *Politische Träumereien*, S. 5

176 Ebenda.

177 Ebenda, S. 6.

einander abhoben, sondern in erster Linie in der unterschiedlichen Gewichtung des Rasprinzip. Bei allem mitunter radikalen Utopismus in den Aussagen der Historiker ist doch die Verhaftung im traditionellen politischen Denken, das zumindest den Versuch eines ‚Machtgleichgewichts‘ zwischen den europäischen Großmächten anstrebte, bzw. die nominelle Gleichberechtigung innerhalb der Pentarchie (und damit auch der die einzelnen Staaten konstituierenden Bevölkerungen) zum Ausgangspunkt hatte, noch deutlich zu spüren. Während Schieman und Delbrück sich daher mit Äußerungen über die ethnische Beschaffenheit der Slawen eher zurückhielten und sich dafür in Fragen einer territorialen Expansion vorsichtig vorantasteten, war es wiederum den führenden Mitgliedern des seit 1891 auch in Deutschland bestehenden Ablegers der Schönereschen alldeutschen Bewegung vorbehalten, neue Maßstäbe nicht nur in der scheinbar nach oben offenen Expansionskala zu setzen¹⁷⁸, sondern parallel immer monströsere Pläne für den Umgang mit der dann unterworfenen Bevölkerung dieser Gebiete zu entwerfen.

Einer der nachdrücklichsten Verfechter einer massiven deutschen Ostexpansion war in dieser Hinsicht der Professor für Kolonialpolitik und langjährige Verbandsvorsitzende des ADV, Ernst Hasse (1846–1908). In seiner Schrift *Deutsche Politik* zeichnete Hasse dezidiert die deutsche Siedlungsgeschichte in Mittel- und Osteuropa nach, streifte in diesem Zuge die gesamte Palette bisheriger historischer Deutungsmuster von der frühgermanischen Ostwanderung über die Eroberungen des Deutschritterordens bis hin zur „Wiedereindeutschung“ Polens, um am Ende im Kapitel „Folgen und Forderungen“ zu dem klaren Schluss zu gelangen:

„Hieraus ergibt sich ohne weiteres die Folgerung und die Forderung, daß die Eindeutschung der undeutschen Grenzmarken noch nicht zum Stillstand gelangen darf, bis es gelungen ist, den deutschen Volksboden mit den Grenzen des Deutschen Reiches in Übereinstimmung zu bringen, alle noch fremdvölkisch besiedelten Reste des Reichsgebietes einzudeutschen und dem ausdehnungsbedürftigen deutschen Volke nach dem Maße seiner Ausdehnungskraft und Ausdehnungslust neuen Volksboden zur Verfügung zu stellen. [...] Unsere amtlichen Gewalten müssen sich endlich davon überzeugen, daß die hauptsächlichen Mißerfolge des alten deutschen Bundes darin bestanden, etwa 3 Millionen deutscher Volksgenossen nach überseeischen undeutschen Ländern zu entlassen und sie dort dem völkischen Untergange zu überlassen, statt sie zur Ausgestaltung und Erweiterung des deutschen Volksbodens in Mitteleuropa [...] zu verwerten [...]“¹⁷⁹

Um dieses Ziel zu erreichen, propagierte Hasse anschließend die Anwendung einer unnachgiebigen Germanisierungspolitik, angefangen bei der Ansiedlung deutscher Bauern – vor allem aus Ost- und Südosteuropa¹⁸⁰ –, über soziale, kulturelle und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen bis hin zur Umsiedlung renitenter Bevölkerungsteile.¹⁸¹ Dass dazu eine radikale Expansionspolitik in Richtung Baltikum und Russisch-Polen nötig sein würde, hatte Hasse bereits an anderer Stelle, allerdings noch anonym, deutlich gemacht:

178 Durch den Kolonisator von Deutsch-Ostafrika, Carl Peters (1854–1918).

179 Hasse, *Deutsche Politik*, S. 125 f.

180 Ebenda, S. 138.

181 Ebenda, S. 127 f.

„Von diesen Erwägungen ausgehend, kommen wir zu folgenden Friedensbedingungen eines gegen Rußland siegreichen Mitteleuropas: Rußland behält den Zugang zum finnischen Meerbusen, es tritt aber Finnland an Schweden ab, die Ostseeprovinzen und Großpolen an Großdeutschland, Bessarabien an Oesterreich bezw. Rumänien, [...]. Die baltischen Landschaften werden selbständige Herzogtümer – Esthland [sic!], Livland, Kurland und Littauen [sic!] – die unter der Herrschaft evangelischer thüringer [sic!] Fürsten Verfassungen erhalten, die gleichzeitig der deutschen Kultur und der undeutschen Abstammung der Mehrheit ihrer Bevölkerung Rechnung tragend, Zweisprachigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung, in Kirche und Schule einführen, auf die Unterhaltung eigener Landarmeen und Marinen verzichten, deutsche Garnisonen, deutsche Post, Telegraphie und Eisenbahnen erhalten und im übrigen Mitglieder des großdeutschen Zollvereins, nicht aber des Deutschen Reiches oder Bundes werden.“¹⁸²

Wie dicht sich Hasse mit solchen Aussagen schon an den später im Weltkrieg praktisch angewendeten politischen Konzeptionen in Mittel- und Osteuropa bewegte, wird noch zu zeigen sein.¹⁸³ Trotz steigender Popularität fristeten die kontinental-orientierten Pangermanisten unter dem Eindruck der deutschen Überseebegeisterung zunächst eher ein Nischendasein. Dies sollte sich erst nach 1911 langsam ändern:

Mit dem Buch *Deutschland und der nächste Krieg* gelang es Friedrich von Bernhardi (1849–1930) erstmals im großen Stil die öffentliche Aufmerksamkeit bewusst auf die Möglichkeit eines umfassenden kriegerischen Konfliktes mit dem Russischen Reich zu lenken und zumindest Teile der deutschen Bevölkerung von dessen angeblicher Unausweichlichkeit zu überzeugen. Bernhardi, General der Kavallerie, Militärhistoriker und ebenfalls mit deutschbaltischen Wurzeln ausgestattet, fasste praktisch sämtliche Stränge, die die Grundlagen für die Forderung nach einem neuen ‚deutschen Drang nach Osten‘ bildeten, zusammen und schuf daraus ein Programm, das als Legitimationsbasis für einen deutschen Präventivschlag gegen Russland dienen konnte. Er rechtfertigte den militärischen Konflikt allgemein als Teil der natürlichen Ausleseprozesse in der Natur,¹⁸⁴ an dessen Ende den starken, meist übervölkerten Staaten das Recht zur Landnahme und zur Herrschaft über die

182 Aus der anonym erschienen Schrift des Vorsitzenden des ‚Alldeutschen Verbandes‘, Prof. Dr. Ernst Hasse, „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1915“ (1895), in: Opitz (Hrsg.), *Europastrategien*, S. 107-124, hier: S. 118.

183 Vgl. auch die Schrift *Germania triumphans!* des alldeutschen Kolonialpolitikers Karl Kärger (1858–1903), der von Russland „die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Wolhynien, Podolien und Südrußland mit der Krim [...] sodann das ganze Gebiet von Saratow an der Wolga bis hinab nach Sarepta an der Wolga und Kalatsch am Don“ forderte und damit bereits den Umriss eines veritablen deutschen Ostimperiums skizzierte, Karl Kärger, *Germania triumphans!*, zit. n. Peters, *Der Alldeutsche Verband*, S. 145 f.; vgl. Neitzel, *Weltmacht oder Untergang*, S. 121, Anm. 165; wie General Gelbsattel und viele andere Pangermanisten verfehlte es auch Kärger darüber hinaus nicht auf die herausragende Bedeutung eines starken deutschen Bauernstandes hinzuweisen, der als ein Gegengewicht zur Urbanisierung und Industrialisierung wirken sollte. Die vor Ort lebende Bevölkerung musste nach den Ausführungen Kärgers ihrer Rechte an Grund und Boden beraubt werden und konnte, wenn überhaupt, nur ein stark eingeschränktes Staatsbürgerrecht erhalten, Besprechung des Buches „Germania triumphans. Rückblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse der Jahre 1900 bis 1915 von einem Größtdeutschen“ [Ernst Hasse, KK] in den ‚Alldeutschen Blättern‘ (13. Januar 1895), in: Opitz (Hrsg.), *Europastrategien*, S. 101 f.

184 Bernhardi, *Deutschland*, S. 11-13.